



**GROUPEMENT D'ÉTUDES ET DE RECHERCHES  
NOTRE EUROPE**

Präsident : Jacques DELORS

## **DIE FRANZOSEN UND EUROPA :**

### **Stand der europäischen Debatte in Frankreich bei Eröffnung der französischen Ratspräsidentschaft**

**Jean-Louis Arnaud**

*Studien und Forschung Nr°10*

*Juillet 2000*

## **Notre Europe**

Notre Europe ist eine unabhängige Studien- und Forschungseinrichtung mit der Zielsetzung, Europa, seine Vergangenheit, seine Zivilisationen, seinen Weg zur Einheit und seine Zukunftsperspektiven zu untersuchen. Die Einrichtung wurde im Herbst 1996 von Jacques Delors gegründet. Sie besteht aus einer Gruppe von 7 Forschungsbeauftragten unterschiedlicher Nationalität, die unter der Leitung von Jean Nestor, arbeitet.

Notre Europe nimmt auf zwei Arten an der öffentlichen Debatte teil: durch die Veröffentlichung von intern erstellten Studien sowie durch die Zusammenarbeit mit externen Forschern und Intellektuellen. Das Ziel ist es, einen Beitrag zur Reflexion über die grossen und kleineren Fragen der europäischen Integration zu leisten. Die veröffentlichten Dokumente wenden sich an Entscheidungsträger, Politiker, Vertreter der Arbeitswelt, Akademiker und Diplomaten in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Notre Europe veranstaltet außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Presseorganen thematische Treffen und Seminare. Entsprechend seinen Statuten versammelt «Notre Europe» mindestens dreimal im Jahr das “Comité Européen d’Orientation”, eine Gruppe von Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und mit jeweils unterschiedlichem politischen und beruflichen Hintergrund.

## **Jean-Louis Arnaud**

Absolvent des „Institut d’études politiques” in Paris. Abgeschlossenes Jurastudium (Privatrecht, römisches Recht, Rechtsgeschichte); früherer Chefredakteur der *Agence France Presse*, für die er mehrere Auslandsbüros leitete. Verantwortlicher Ressortleiter „Ausland” für den *Matin de Paris*, für den er auch als Auslandskorrespondent tätig war. Anschließend war er Mitarbeiter des *Quotidien de Paris* als Europabeauftragter und dann bei der Zeitschrift *Express*, die er bei der Einführung der *revue Belvédère* unterstützte.

Jean-Louis Arnaud ist Autor eines Essays über das Ende des Krieges in Indochina „Saigon von einem Vietnam zum anderen” (Gallimard), einer Sammlung von Wirtschaftsreportagen, „Reisen in Frankreich” (Pierre Horay) und eines Romanes „Jedem das Seine” (Pierre Horay).

## VORWORT

Zu Beginn jeder Ratsräsidentschaft präsentieren wir - Notre Europe - die Debatte über Europa, so wie sie in dem betreffenden Land geführt wird. Dies ist uns zur Gewohnheit geworden. Solch eine europaweite Runde der Äußerungen zu dem uns alle verbindenden „nicht-identifizierten politischen Thema“ ist uns sehr wichtig. Denn sie bietet uns bei der Lektüre der unterschwelligen Leitgedanken einer jeden Präsidentschaft Lösungsansätze.

Heute ist Frankreich an der Reihe und dies bedeutet eine doppelte Schwierigkeit. Zum einen hat Notre Europe Frankreich bereits Anfang 1998 eine Studie gewidmet<sup>1</sup> und wir wollen uns nicht wiederholen. Zum anderen gibt es wenig Länder in Europa, die wie unser Land unseren Geschmack an der öffentlichen Debatte teilen und kultivieren: Von daher ist es nicht ganz einfach herauszufinden, was hinter dem Gewirr an Leitartikeln und öffentlichen Kontroversen steckt und zu wissen, was nun Sinn macht und was weniger. Deshalb bin ich Jean-Louis Arnaud, einem alten Komplizen von Notre Europe so dankbar, daß er es wagt, sich dem Thema anzunehmen.

Er nimmt die Herausforderung an und bezieht entschlossen Position: Er will eher die Entwicklung der politischen Themen als die Debatten unter Intellektuellen behandeln - so wie es Laurent Bouvier zu seiner Zeit auf bemerkenswerte Weise tat. In den vergangenen Jahren ist die intellektuelle Debatte wenig bereichert worden. Das Thema „Europa“ hat sich hingegen einen festen Platz in der nationalen Diskussion erobert. Vom Wahlkampf des Europäischen Parlaments 1999 bis zur heutigen Debatte, die durch die Rede von Joschka Fischer eröffnet wurde, dreht es sich gleichzeitig darum, das Tabu des Föderalismus zu brechen und die Thesen der Souveränität anzuerkennen und damit ein Novum zu begründen.

Diese kontrastreiche Entwicklung, die die meisten politischen Gruppierungen in Frankreich durchzieht, kann auf unterschiedliche Art interpretiert werden. Sie gibt uns Anlaß zur Hoffnung, daß unser Land Geschichte machen wird. Sollte sie zur gegebenen Zeit auch die Gestaltung einer erweiterten Union zum Thema machen, könnte sie eine erfolgreiche Vereinigung des Kontinents mit einer Erhaltung eines lebenskräftigen „politischen Europas“ verbinden, allerdings nicht ohne die Gefahr neuer Missverständnisse: Die weitgefaßten Begriffe wie Föderation, Verfassung und Subsidiarität könnten auch nur eine neue Benennung althergebrachter Konzeptionen sein und dazu führen, voreilig historische Allianzen zu feiern, die einer hinreichenden Grundlage entbehren.

Ich bin Jean-Louis Arnaud dankbar, daß er diese neuen politischen Themen einer fröhlichen Sprengung unterzogen hat: Jeder bekommt etwas ab! Ich hätte mich sicherlich stärker zurückgehalten und bei der Verteilung der „gelben Kartons“ weniger Gleichmut walten lassen. Das politische Angebot Europas in Frankreich bleibt noch weit von der Nachfrage entfernt. Dies enthüllen uns gewisse Anzeichen und es bleiben damit nur gute Gründe zu prüfen, ob das Produkt auch den Angaben seines Etiketts entspricht.

Unser Autor gibt sich nicht damit zufrieden, den Stand der Ideen wiederzugeben, sondern engagiert sich mit Feuer und Flamme in der derzeitigen Diskussion. Ich freue mich, daß ich dazu beitragen konnte, diese Debatte zu öffnen.

Jacques Delors

---

<sup>1</sup> Laurent BOUVET: *La nouvelle crise de la conscience européenne: l'Europe politique entre nation et fédération. Regards français.* In *France-Allemagne: le bond en avant*. Ed. Odile Jacob März 1998.

Bis vor kurzem war in Frankreich die Debatte über Europa und seine Zukunft eher von Zurückhaltung als von Kühnheit geprägt. Doch nun haben die aufsehenerregende Initiative des deutschen Außenministers Joschka Fischer am 12. Mai in Berlin, sowie die vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac am 27. Juni – ebenfalls in Berlin – gehaltene Rede die Sachlage wesentlich verändert.

Anderthalb Monate vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Frankreich versicherte Fischer in aller Ruhe, er könne sich für Europa keine andere Wahl vorstellen, als seine Integration abzuschließen und eine Föderation zu bilden, mit einer Verfassung, einem gewählten Präsidenten, einer Regierung und einem aus zwei Kammern bestehenden Parlament. Damit hat er seine Partner überrascht und zur Reaktion gezwungen. Zum anderen unterstrich er, daß ohne eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland keinem europäischen Projekt eine Zukunft beschieden sein könnte und verwies damit unmißverständlich auf das notwendige Ankurbeln des seit mehreren Jahren defekten französisch-deutschen Motors. Bei der Regierung in Paris rief dies Erleichterung, bei einigen anderen jedoch Beunruhigung hervor.

Drei Tage zuvor hatte Premierminister Lionel Jospin der Nationalversammlung in einem ganz anderen Geist das Programm der französischen Ratspräsidentschaft vorgestellt. Unter Hervorhebung eines europäischen Profils und im Bewußtsein der von den vorausgehenden Ratspräsidentschaften hinterlassenen Pflichten betonte er drei Schwerpunkte – ein Europa im Dienste von Wachstum und Vollbeschäftigung, ein bürgernäheres Europa, ein effizienteres und stärkeres Europa. Zugleich gab er einen Katalog guter Absichten bekannt: Annahme einer sozialen Agenda, bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Förderung der industriellen Innovation und der Mobilität der Studenten. Nicht vergessen wurden selbstverständlich weder der Verbraucherschutz, noch der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, der Treibhauseffekt, der Schiffbruch der Erika, die Bewältigung der Immigration, die Abstimmung in Rechtsangelegenheiten oder die Bekämpfung des Sportler-Dopings. Indem er aus dem Pragmatismus eine Tugend machte, vermied er die härtesten Themen – Finalitäten der Union oder Opportunität einer Verfassung – und beschränkte die unmittelbaren Ambitionen Frankreichs auf die von den Fünfzehn bereits gewählten – Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewichtung im Rat, Ausweitung der Abstimmung auf die qualifizierte Mehrheit, Gestaltung der verstärkten Zusammenarbeit –, und schloß damit diejenigen Reformvorstellungen aus, die in seinen Augen nicht „realistisch“ genug wären, um „allgemeine Zustimmung zu finden und Aussicht auf ein Gelingen zu bieten“.

Den Pressekommentaren zufolge wurden die Erklärungen Jospins wie auch die parlamentarische Debatte trotz der Interventionen von Valéry Giscard d'Estaing, Alain Juppé

oder Alain Madelin als nicht den Erwartungen entsprechend beurteilt<sup>2</sup>. Hatte man indessen wirklich mehr erwartet? Bei der Lektüre des am Morgen der Debatte in *Les Echos* erschienenen Leitartikels läßt sich dies bezweifeln. Die Zeitung hatte die Intervention Fischers nicht vorausgesehen und noch weniger die Vorschläge, die Chirac sechs Wochen später nach Berlin mitnehmen würde. Unter dem Titel „Kleines Vorhaben“ stellte sie sehr treffend fest, daß im europäischen Aufbauwerk „das Wesentliche noch fehlt“ und schrieb: „Eine menschliche Gemeinschaft kann auf Dauer nicht ohne eine organische Fähigkeit bestehen, die an ihr Schicksal rührenden Fragen zu entscheiden – vor allem die Verteidigung, die Bündnisse mit dem Ausland, das Recht der Menschen und nicht allein der Güter, die wirtschaftliche und soziale Solidarität - ... Anders ausgedrückt fehlen Europa eine Verfassung sowie demokratische Instanzen der Repräsentation und Entscheidung.“ Doch, so fügte der Verfasser des Leitartikels unvorsichtig hinzu: „Leider wird Lionel Jospin heute nicht mehr als Jacques Chirac morgen dieses große Vorhaben entwickeln“, bevor er anmerkte, daß der eine wie der andere seine Ausbildung an der ENA erhalten hatte, „das heißt in der Schule der kleinen verwaltungspolitischen Realitäten und nicht, wie de Gaulle oder Adenauer, in derjenigen der historischen Herausforderungen.“

Der weitere Verlauf der Ereignisse wird zeigen, daß die großen Profis der Politik über Tatkräfte verfügen, die jeder Vorhersage spotten. Wer hätte gedacht, daß Chirac dazu aufrufen würde, bereits im kommenden Jahr die Arbeit an einer „institutionellen Umgestaltung Europas“ in Angriff zu nehmen? Daß er seinerseits vorschlagen würde, daß Deutschland und Frankreich mit allen Ländern, die voranschreiten möchten, eine mit einer flexiblen politischen Struktur ausgestattete „Pioniergruppe“ bilden sollten? Daß schließlich die derzeitigen Mitgliedsländer der Union in Konsultation mit den beitrtrittswilligen Ländern an der Abfassung einer Verfassung arbeiten sollten, die „sowohl auf der Ebene der Exekutive als auch auf derjenigen des Parlaments die Effizienz und die demokratische Kontrolle der Union“ stärken und der späteren Ratifizierung durch alle Völker unterzogen würde? Ganz offensichtlich niemand. Auch hatte niemand vorausgesehen, daß die Koalition der Sozialdemokraten und der Grünen in Deutschland die deutsch-französische Verständigung auf dem Gebiet Europas derart kraftvoll wiederbeleben würde.

Indem er als erster in den Kern der Debatte vorstieß, hob Fischer den Deckel eines Topfes, an den zu rühren sich die französische Führung bislang wohl gehütet hatte. Merkwürdigerweise rief dies in Frankreich bei allen – oder fast allen – Erleichterung hervor, bei den Verfechtern eines integrierten Europas ebenso wie bei deren souveränistischen Gegnern. Sollte sich die bis dahin schlummernde Debatte endlich öffnen? Eben das werden wir herausfinden, indem wir in einem ersten Teil den Stand der Debatte in Frankreich und die Gründe der französischen Zurückhaltung und dann in einem zweiten Teil die Reaktionen auf die deutsche Initiative und die unmittelbaren oder entfernteren Perspektiven analysieren, welche sie eröffnen. Zunächst werden wir uns jedoch die Frage nach dem Fischer-Effekt selbst stellen. Schließlich hatten vor ihm andere Persönlichkeiten ähnliche Überlegungen geäußert und – um die Union vor einem Versinken im Immobilismus zu bewahren – von den gleichen Grundsätzen inspirierte Lösungen vorgeschlagen. Allen voran Jacques Delors oder auch Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, ohne den Bundespräsidenten Johannes Rau zu vergessen. Diese Interventionen waren weder der breiten Öffentlichkeit noch den Führungskreisen entgangen. Doch keine hatte die gleiche unmittelbare Zündwirkung.

## **Der Fischer-Effekt**

---

<sup>2</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11.5.2000

Wenngleich in einem Hochschuldekor wie „persönliche“ Überlegungen auf mehr oder weniger lange Sicht präsentiert – doch hatte nicht Fichte in eben dieser Universität von 1807 bis 1808 seine *Reden an die deutsche Nation* gehalten? – haftet der Analyse und den Vorschlägen des deutschen Außenministers dennoch nichts Akademisches an. Fischer hatte sie sorgfältig vorbereitet, indem er auf französischer Seite insbesondere seinen Kollegen Hubert Védrine sowie Jacques Delors konsultierte. Erklärte er nicht bereits in einem einen Monat zuvor von der Zeitung *Le Monde* aufgezeichneten Interview: „So verschieden sie auch sein mögen – das französische und das deutsche Volk haben eines gemeinsam: sie möchten ein handlungsfähiges Europa, nicht eine einfache Freihandelszone. Hier handelt es sich um den Kern der deutsch-französischen Vision von Europa. Die Herausforderung liegt darin zu wissen, ob wir, Europäer, in der Globalisierung unseren eigenen Weg, unsere Form sozialer Gerechtigkeit, unsere Form der Demokratie, der Kultur finden werden. Getrennt wird uns dies nicht gelingen. Das Streben nach diesem Weg verlangt, unmittelbar nach der Erweiterung Europas auf die östlichen Länder, eine politische Union. Das ist die Herausforderung unserer Generation.“<sup>3</sup>

Auch Giscard und Schmidt hatten in einem im April vom *Figaro* veröffentlichten Artikel „dieses gegenseitige tiefe deutsch-französische Verständnis“ gefeiert, sowie die wechselseitige Verpflichtung beider Länder im europäischen Integrationsprozeß, ihnen zufolge unerlässlich für dessen Fortführung<sup>4</sup>. Mit Blick auf die Osterweiterung, welche die Zahl der EU-Mitgliedsländer eines Tages auf rund dreißig erhöhen wird, mahnten sie, die volle Integration sei kein realistisches Ziel und sie zu versuchen könne nur zu einem „völligen Mißerfolg“ führen. Um diesen zu vermeiden, schlugen der ehemalige Präsident und der ehemalige Kanzler vor, „die Integration durch diejenigen Länder zu verwirklichen, die den politischen Willen dazu haben und deren wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen nahezu identisch sind“ – konkret gesagt die elf Länder der Euro-Zone. Sie riefen die Gründer der Gemeinschaft „sowie andere entschlossene Kandidaten guten Willens“ dazu auf, die Initiative zu dieser Sammlungsbewegung zu ergreifen. Schließlich unterstrichen sie, dieses neue Gebilde bedürfe zusätzlicher Institutionen. Dabei handele es sich um „Institutionen in den Institutionen“: um einen Rat und eine parlamentarische Struktur, die operative Bindungen zu den Landesparlamenten haben könnten, erklärten sie, jedoch zweifellos keine Kommission.

Delors hatte sich seinerseits wiederholt dafür eingesetzt, zwischen dem geopolitischen Ansatz (demjenigen des Großen Europa) und dem politischen Ansatz (demjenigen der politischen Integration) zu unterscheiden. Auf der einen Seite „ein großes ökonomisches Ganzes, dessen Funktionsweise sich durch die Kombination des freien Wirtschaftsverkehrs und der unerlässlichen Regulierungen als vorbildlich erweisen würde, und auf der anderen Seite eine begrenztere, politisch integrierte Gruppe, die auf diese Weise die Fähigkeit erworben hätte, eine Rolle in der Welt zu spielen. Für ihn „geht es in Wirklichkeit darum zu wissen, ob die Europäer auch weiterhin eine Rolle in der Geschichte spielen wollen oder nicht.“<sup>5</sup>

Delors, der seit langem dafür kämpft, daß jeder klar seine eigenen Finalitäten formuliert, und der Jagd auf das „Unausgesprochene“ macht, bringt die Idee einer „Föderation von Nationalstaaten“ vor. Dabei besteht er auf der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Staaten. Diese würden bedeutende Befugnisse im sozialen Bereich, wie auch in demjenigen der Erziehung, der Aus- und Fortbildung und der Kultur sowie eine weitgehende Autonomie in der Außenpolitik behalten. Für ihn hat die föderale Methode den großen Verdienst, klar zu bezeichnen, wer was macht und so den Bürgerinnen und Bürgern zu

---

<sup>3</sup> *Le Monde* 18.4.2000

<sup>4</sup> *Le Figaro*, 10.4.2000

<sup>5</sup> Siehe insbesondere *Le Monde* vom 19.1.2000 und sein Plaidoyer für eine europäische Avantgarde vor dem *Europartner*-Club am 13.1.2000.

gestatten, das zu ahnden, was dem ihren Regierungschefs übertragenen Mandat nicht entspricht.

Eine gewisse Anzahl Länder würden so früh wie möglich die „Avantgarde“ dieser Föderation bilden, die all jenen offen stehen würde, die den politischen Willen hätten, sich ihr einzugliedern. „Man sagt mir, es sei zu spät. Das ist nicht der Fall. Ist es je zu spät, gut zu handeln? erklärt Delors im April vor dem Senat.... „Auch sagt man mir, es sei innerhalb der Staaten keine Bewegung in dieser Richtung zu erkennen: doch ist es nicht an der Zeit, daß die Gründerländer den Anstoß zu einer solchen Bewegung geben?“ Das einfachste Verfahren bleibt für ihn dasjenige eines Vertrags im Vertrag, ohne jedoch deshalb flexiblere Formen auszuschließen, wobei er daran erinnert, daß eine Klausel in den Römischen Verträgen den Benelux-Ländern einen besonderen Platz zuwies.

Was Präsident Rau betrifft, so hatte dieser sich im vergangenen November anlässlich einer Konferenz in Paris zugunsten einer föderalen Verfassung mit dem Ziel ausgesprochen, die Macht aufzuteilen und nicht etwa zu konzentrieren. „Diese Definition des Föderalismus“, meinte er, „fügt der großen französischen Idee der horizontalen Aufteilung der Befugnisse diejenige ihrer vertikalen Aufteilung hinzu.“ Rau vermied es, die Möglichkeit eines zweistöckigen Europa anzusprechen, in dem durchaus wahrscheinlichen Fall, daß sich nicht alle Länder auf dieselben Finalitäten einigen würden. Aufgabe der Verfassung wäre es, die Befugnisse unmißverständlich zwischen der Föderation und deren Mitgliedern aufzuteilen. Dies würde ihm zufolge gestatten, „Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und Regionen, die sich fern von Brüssel fühlen, das verständlich zu machen, wofür Brüssel gerade nicht verantwortlich ist.“<sup>6</sup> Überdies hätte die Verfassung die demokratische Legitimität der Institutionen zu gewährleisten, und zwar dank eines Systems der Repräsentation auf zwei Ebenen. Die erste würde jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Stimme zuteilen. Auf der zweiten Ebene erhielte jeder Staat – unabhängig von seiner Größe und der Zahl seiner Einwohner – ebenfalls eine Stimme.

Reform der Institutionen, politische Integration, Verfassung, Gewaltentrennung, Aufteilung der Kompetenzen, demokratische Legitimität, Fortbestand der Nationalstaaten, Interventionsfähigkeit, Rolle auf der Weltbühne, deutsch-französische Vision... Bei den einen wie den anderen trifft man auf die gleichen Zutaten. Die Dosierung mag unterschiedlich ausfallen, die Verpackung ebenfalls, doch die Inspiration bleibt dieselbe und die Finalitäten sind identisch. Wie läßt sich dann aber die unmittelbare Wirkung von Fischers Rede erklären, wenn deren Inhalt allein nicht die erzeugte Wirkung verbürgt?

Seine Funktionen – Außenminister und Vizekanzler – spielen gewiß mit, doch auch der Mann selbst und seine Persönlichkeit als Fraktionsleiter der Grünen, ebenso wie Ort und Zeitpunkt seiner Intervention: es fehlen lediglich drei Tage bis zum fünfzigsten Jahrestag der Erklärung Robert Schumans. Nach einem halben Jahrhundert gemeinschaftlicher Erfahrung stehen wir am Wendepunkt des Jahrtausends mit – auf der einen Seite – Berlin als wiedergefundener Hauptstadt und auf der anderen Paris im Spiegel seiner Geschichte. Französische Nostalgien und deutsche Gewißheiten. Kontinuität und Neuheit: Gestern galt es, die Wirtschaft wieder aufzubauen und den Krieg zu verbannen. Heute gilt es, auf die Globalisierung zu antworten und Europa zu einigen.

Wenn die Berliner Rede ins Schwarze getroffen hat, so zunächst deshalb, weil sie aus dem Munde eines 1948, also nach dem Krieg geborenen Politikers kam. Wenngleich bereits fünfzigjährig, steht Fischer, ebenso wie Kanzler Schröder, für eine andere Generation als diejenige der Schwergewichte, die Europa im letzten halben Jahrhundert regiert haben. Eine Generation, die keine Grenzpfosten ausgerissen hat wie Kohl, die nicht im schützenden

---

<sup>6</sup> Vgl. *Le Monde* vom 4.11.1999

Schatten Adenauers großgeworden ist und deren nationale oder supranationale Tropismen nur andeutungsweise hervortraten.

Jetzt weiß man dank Fischer, der Billigung seiner Worte durch den Kanzler und der Zustimmung der Christdemokraten, daß das wiedervereinigte Deutschland die europäischen Entscheidungen des geteilten Deutschlands bestätigt. Berlin und Bonn verfolgen ein und dasselbe Ziel! Bei der derselben Gelegenheit stellt man fest, daß der deutsch-französische Motor dabei ist, wiederanzulaufen. In Paris kann man sich darüber nur freuen. Am Vorabend einer Ratspräsidentschaft, die nicht gerade wie eine leichte Aufgabe erscheint, haben die führenden französischen Politiker - ungeachtet ihrer Gemütsverfassungen und ihrer Kohabitationsprobleme - schnell genug begriffen, welchen Nutzen sie daraus ziehen können, um ihre anderen dreizehn Partner - und selbst die Zurückhaltendsten unter diesen - zu überzeugen, an einer institutionellen Reform teilzunehmen, die zwar bescheiden, doch ausreichend ist, um den Weg für künftige Erweiterungen zu ebnen. Ein Unterpfand des Erfolgs für den Gipfel, der Ende des Jahres in Nizza stattfinden wird, und für den Vertrag, der danach benannt werden soll.

Seit dem deutsch-französischen Gipfel von Mainz am 9. Juni weiß man, woran man sich zu halten hat: Berlin und Paris kämpfen den gleichen Kampf. Nunmehr ist der Weg für den französischen Staatspräsidenten frei, um seinerseits als treibende Kraft zu wirken. Dies wird er vor dem Bundestag anlässlich seines Staatsbesuch in Berlin tun, indem er sich einen Vorsprung vor Jospin verschafft und indem er sich über die ungeschriebenen Regeln der Kohabitation hinwegsetzt.

Somit ist es das europäische und deutsch-französische Moment, das den Berliner Erklärungen ihre Kraft verleiht: Was man darüber auch gesagt haben mag - fünfzig Jahre nach der Schuman-Erklärung ist die europäische Idee weder tot noch überholt. Gleiches gilt für die deutsch-französische Verständigung. Nach einer ziemlich langen Parenthese - sie währte immerhin fast zehn Jahre - entdecken die französische und die deutsche Regierung, daß sie zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts, ebenso wie in der letzten Hälfte des vorausgehenden - beide ein lebenswichtiges Interesse daran haben, sich zu verstehen. Bevorzugtes Terrain dieser Verständigung bleibt Europa. Nun ist es an ihnen, das Beispiel einer Form der Integration zu liefern, die bis zur politischen Union geht. Mißlingt dies, so wird es weder ein Großes noch ein kleines Europa, sondern überhaupt kein Europa mehr geben, und sie selbst werden, wie die übrigen Europäer, jeglichen Einfluß auf der Weltbühne verlieren.

Die Neuheit - denn eine solche gibt es - liegt darin, daß die mobilisierenden Vorschläge zuerst aus Berlin kamen. In Wahrheit hatten sie seit 1994 begonnen, aus Bonn zu kommen. Damals hatten zwei christdemokratische Parlamentarier, Karl Lamers und Wolfgang Schäuble, die Idee eines „harten Kerns“ vorgebracht, der sich auf Frankreich, Deutschland und die drei Beneluxländer beschränken sollte. Doch diese erste Fassung einer europäischen Avantgarde war nicht zur Blüte gelangt: Die Franzosen hatten ihr keine Beachtung geschenkt und diejenigen, die sich getroffen fühlten - allen voran die Italiener - hatten um so leidenschaftlicher gekämpft, um ihren Einzug in den Euro-Club zu erzwingen.

War den Franzosen jegliche schöpferische Vorstellungskraft abhanden gekommen? Einige empfanden dies so, wie beispielsweise der Chirac-treue Abgeordnete Pierre Lellouche, der in *Le Figaro* schrieb, dabei allerdings Delors, Giscard und einige andere vergaß: „Einmal mehr - und ich bedaure das - kommt der Impuls aus Deutschland... Nach dem französischen Scheitern der Wiedervereinigung vor zehn Jahren, unter François Mitterrand, verschleierte das französische Schweigen, das 1994 den Plan Lamers-Schäuble umgab, daß die französischen Intellektuellen, politischen Parteien und Amtsträger über das Werden Europas



einmal mehr im wesentlichen stumm sind, als seien ihnen die Ideen ausgegangen.<sup>7</sup> Lellouche hatte weder vorausgesehen, daß sich Chirac, die Augen auf die kommenden Wahlen gerichtet, sportlich auf den fahrenden Zug schwingen würde, noch daß – wie wir später sehen werden – Alain Juppé, Jacques Toubon und François Bayrou vor dem 1. Juli ebenfalls in die Waggonen springen würden.

Daß sich die Franzosen in eine Epoche zurücksehnen könnten, in der sie ihren Platz in der europäischen politischen Szene stolzer einnahmen als heute, wird angesichts der bereits erwähnten Zurückhaltung der derzeit am Ruder befindlichen Politiker keinesfalls erstaunen. Daß dagegen die mobilisierenden Reden in Berlin gehalten wurden, dürfte kaum überraschen, da dies einfach die Logik der Geschichte ist. Vor 50 Jahren, nur fünf Jahre nach der Kapitulation des Dritten Reichs, konnte allein Frankreich Deutschland vorschlagen, auf gleichem Fuß in eine ihren europäischen Nachbarn offenstehende Kohlestahl-Gemeinschaft einzutreten. Nachdem sich Frankreich dank de Gaulle wunderbarerweise im Lager der Sieger wiedergefunden hatte, brach es mit seiner traditionellen Politik des Argwohns und der Vergeltung, besiegelte stattdessen die Versöhnung der beiden Länder und garantierte den Frieden zumindest in diesem Teil Europas.

Um jedoch weiter zu gehen als nur bis zur wirtschaftlichen und kommerziellen Integration, mußte Deutschland zuvor seine Einheit und seine volle Souveränität wiederfinden. Wo de Gaulle und Adenauer in den sechziger Jahren gescheitert waren, könnten ihre entfernten Nachfolger vielleicht erfolgreich sein... Man hat lange gebraucht, um die Grenzen zu verstehen, die diese amputierte Souveränität den Verpflichtungen Deutschlands und indirekt dem europäischen Aufbauwerk selbst auferlegte. Die Aufhebung der Hypothek begann erst 1989, doch damals erschien es Helmut Kohl nicht gut – oder hielt er es nicht für möglich – weiter als bis zur Währungsunion zu gehen – mit dem den Deutschen abverlangten Opfer der Deutschen Mark. Zweifelsohne war dies ein erster Schritt in Richtung auf eine mehr politische Union, reichte aber nicht aus, um aus einem System mit ökonomischer Finalität herauszufinden, das auf dem Sachverstand der Technokraten und der Gewandtheit der Diplomaten gründete, jedoch unzugänglich für die Forderungen von Einfachheit und Verantwortung jeder politischen Demokratie war.

Nur ein sein deutsches Schicksal meisterndes Deutschland hätte die Fähigkeit, in glaubwürdiger Weise einen neuen Anstoß zur Schaffung einer stärker politisch geprägten Form einer Union zu geben. Konnte es dies tun, bevor seine Regierung wieder in Berlin Wurzeln schlug? Wahrscheinlich nicht. Wäre die Fischer-Rede in der Bonner Universität gehalten worden, sie hätte nicht die gleiche Tragweite wie in der Humboldt-Universität gehabt. Auch war nicht gleichgültig, daß es an einem Ort so vieler Dramen und Ruinen geschah, wo sich Chirac, nachdem er zu Fuß das Brandenburger Tor durchschritten hatte, seinerseits im Dekor eines nach heutigem Geschmack restaurierten Reichstags an die Deutschen wandte.

Welche Fortsetzung die Deutschen selbst, die Franzosen und alle Europäer diesen Vorschlägen auch vorbehalten mögen, fest steht, daß ihnen ein guter Platz in einer bereits historischen Sequenz zukommt. Bilden sie nicht das Echo der von General de Gaulle 1966 ausgesprochenen Worte: „Frankreich hat nicht die Mittel, Europa zu führen, erklärte er. Europa, das ist eine gemeinsame Sache der Franzosen und der Deutschen. Das ist gesunder Menschenverstand!“ Während der Kampagne für das Referendum von 1992 waren diese Bemerkungen ausgiebig durch Raymond Barre zitiert worden, der ganz richtig versicherte, daß die europäische Politik Frankreichs heutzutage als zeitgenössischer Träger seiner alten universalistischen Worte dient: „Die großen Ideale der Revolution – Freiheit, Menschenrechte – sind heute weitgehend anerkannt, selbst wenn sie nicht überall geachtet werden, sagte er.

---

<sup>7</sup> *Le Figaro*, 18.5.2000

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg träumt Frankreich, verwundet, doch im Lager der Sieger, von einer Auferstehung unseres alten Kontinents. Wie früher das Glück, erklärt es nun Europa der Welt: ein Europa, das nicht nur eine wirtschaftliche Organisation ist, sondern zu einem politischen Gebilde wird, das ein Zivilisationsmodell im Dienste des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts verkörpert.”<sup>8</sup>

## **I – Die französische Zurückhaltung**

In einem Land, wo der Platz Frankreichs in der Welt und im europäischen Aufbauwerk die heißesten Momente der nationalen Politik speist, mag es verwundern, daß die Debatte über die Zukunft Europas unter andauernder Anämie gelitten hat. Was ist geschehen seit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht, das ein politisches Happening und mehrere Monate lang ein rückhaltloses franko-französisches Ausbreiten über die jeweiligen Verdienste Frankreichs und Europas ausgelöst hatte?

Lange Zeit hindurch hatten die Franzosen in einer nach ihrem Ebenbild gestalteten Gemeinschaft nichts als einen Superstaat nach französischer Art gesehen, ein Super-Hexagon, das ihnen als Spiegel diente. Nachdem jedoch im Lauf der Jahre und der Erweiterungen die europäische Architektur ungewisser wurde und sich die Zuständigkeiten, die Rechtsregeln, die Befugnisse, die Grenzen und die Zugehörigkeitsgefühle überschritten und widersprachen, hatte das Frankreich überlagernde Bild Europas sich verwischt. Deshalb stellten sich die Bürger 1992 weniger die Frage nach den Verdiensten eines im übrigen unlesbaren Vertrags und über die Institutionen, die man ihnen vorschlug, sondern über Frankreich selbst und den Fortbestand der Werte, die es zu verkörpern trachtet: über die Elemente, aus denen sich die Nation und ihre Geschichte zusammensetzt – Identität und Eigenart – und über die Grundkonzepte der Republik – Nation, Staatsbürgerschaft, Souveränität, Demokratie. Das Ergebnis ist bekannt: nur 51% Ja bei dem Referendum vom 20. September 1992. 49% Nein! Einfach ein ungeheurer Katzenjammer ... Das Land selbst, vor allem aber die politische Klasse sind davon dauerhaft gezeichnet.

Wenngleich die Befürworter der Europäischen Union schließlich siegreich aus dieser Prüfung hervorgingen, hatten Gegner und Skeptiker aller Gesinnungsrichtungen meisterhaft nachgewiesen, daß man von nun an mit ihnen rechnen mußte und die Zustimmung einer Mehrheit der Wähler zum europäischen Aufbau nicht mehr als erworben ansehen konnte. Da die europäischen Entscheidungen nicht den traditionellen politischen Spaltungen entsprechen und die Parteien, links wie rechts, selbst geteilt sind, ist das Unbehagen in den politischen Führungskreisen um so größer. Insbesondere ist dies der Fall der RPR, wo Chirac selbst sich für das Ja ausspricht, während mehrere bedeutende ‚Leutnants‘ wie Philippe Séguin oder Charles Pasqua Kampagne für das Nein führen. Mindestens ebenso sehr aus Gründen der Vorsicht wie aus Überzeugung, und sei es nur, um das Terrain der nationalen Souveränität nicht der extremen Rechten von Jean-Marie Le Pen zu überlassen. Mit der Abspaltung von Philippe de Villiers, der seine eigene Partei – die Bewegung für Frankreich (Mouvement pour la France) gründet, bleibt selbst die doch zutiefst europäische UDF nicht verschont.

---

<sup>8</sup> Vgl. *Libération* vom 1.9.1992

Auch die Linke bekommt einiges ab. Wie läßt sich das Europa der Kapitalisten und Händler oder dasjenige des angelsächsischen Liberalismus verteidigen? Die Kommunisten, die einige Jahre später ihre Einstellung ändern werden, zeigen aus Prinzip noch immer eine feindselige Haltung, während sich die äußerste Linke überbietet. Was die sozialistische Partei betrifft, so kann diese die Eigentümlichkeit von Jean-Pierre Chevènement nicht übersehen, der sein Wiesenquadrat Souveränität mit ebenso viel Hartnäckigkeit verteidigt wie die Familie Grimaldi die Autonomie ihres monegasischen Felsens.

All dies wird den Umgang der politischen Klasse mit europäischen Angelegenheiten tiefgreifend verändern. Links wie rechts spricht man immer weniger von Europa seiner eigenen Verdienste wegen, und man denkt zuerst an die Imagewirkungen, denen es im verfechtenden politischen Spiel als Vorwand dienen kann. Blauweißrot gekleidet vertragen sich Populismus und Opportunismus gut, während Brüssel und seine Kommission denjenigen als Munition dienen, die persönliche Streitereien innerhalb ihrer eigenen Formationen regeln wollen. Daher die Vorsicht der großen Regierungsparteien im tagtäglichen Umgang mit der europäischen Politik Frankreichs. Statt offen darüber zu debattieren ziehen sie es vor, so wenig wie möglich davon zu sprechen, außer sie können sich brüsten, es sei ihnen gelungen, diesem oder jenem ihrer Partner anlässlich dieser oder jener Ratssitzung diese oder jene Maßnahme aufzuzwingen, um die Interessen dieser oder jener Kategorie von Franzosen besser verteidigen zu können. Zwar dient das der Sache der Demokratie auf EU-Ebene nur mittelmäßig, trägt dagegen aber zur Verbreitung der Idee bei, Europa sei ein Ort, wo alles drunter und drüber geht und die Haltung des ‚jeder für sich‘ den Sieg über die Verteidigung des Gemeinwohls davonträgt.

All das verstärkt die Undurchsichtigkeit des Systems, überläßt die Verantwortung für die Entscheidungen Ausschüssen oder Räten, zu denen das gemeine Volk keinen Zugang hat. Zudem dient es Politikern als Entschuldigung, die es inzwischen meisterhaft beherrschen, wann immer ihnen dies gelegen kommt, ihre europäische Schirmmütze mit ihrer nationalen Kappe zu vertauschen, um für einen Gemeinschaftsbeschluß, zu dessen Zustandekommen sie doch beigetragen haben, nicht eintreten zu müssen. Unter diesem Gesichtspunkt hört die breite Öffentlichkeit nur dann etwas über Europa, wenn sich die Landwirte oder die Jäger seiner annehmen. Oder anlässlich eines Falls von Verschmutzung der einen oder anderen Art – britisches Rindfleisch, vor der bretonischen Küste gesunkener Öltanker oder radioaktiver Abfall. Oder aber aufgrund von an Völkermord grenzenden Massakern irgendwo auf dem Balkan... Allesamt Situationen, in denen Europa, Brüssel und seine Institutionen häufiger ihre Machtlosigkeit als ihre Beherrschung der Ereignisse unter Beweis stellen.

„Was tut man, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren? Tatsächlich nicht viel, stellt Yves Mény, Professor am europäischen Institut von Florenz fest ... Die Mobilisierung der Leute für europäische Herausforderungen stellt eine Störung der nationalen Demokratie dar, die im Rahmen nationaler Spaltungen und Interessen geführt wird.“<sup>9</sup>

Die Analytiker von Eurobarometer, die an Meinungsumfragen arbeiten, stellen eine hohe Empfindlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber dem fest, was sie die Umfeldwirkungen nennen, womit die politische und wirtschaftliche Konjunktur gemeint ist. So verdanken die Fortschritte der Euro-Skepsis in Frankreich nach 1990 viel der Debatte über Maastricht, den durch die Erweiterung der Union und die Reform der Institutionen hervorgerufenen Besorgnissen. Noch mehr jedoch verdanken sie der Wirtschaftskrise: die Analytiker haben eine Beziehung zwischen der Zustimmung der Bevölkerung zu Europa und den Kurven der Arbeitslosenquote und der Wachstumsrate des BIP ermittelt. Erhöht sich die Arbeitslosigkeit und wächst das BIP weniger rasch, blüht die Euro-Skepsis und die Bevölkerung zieht sich auf

---

<sup>9</sup> Vgl. *Le Monde* vom 14.12.1999

den Nationalstaat zurück, der in Zeiten wirtschaftlicher Ungewißheiten ein stärkeres Gefühl der Sicherheit vermittelt. Dagegen setzt das Wachstum die Hoffnungen auf eine Öffnung nach außen, insbesondere in Richtung auf Europa frei. Dies würde die auf den ersten Blick überraschenden Ergebnisse einer in jüngster Zeit durchgeführten Umfrage des Instituts CSA erklären, welche den Anteil der von Europa begeisterten oder ihm günstig gesinnten Europäer auf 59% schätzt, gegenüber 41% Skeptikern, während sich noch vor kaum drei Jahren, im August 1997, das Für und Wider mit 49 und 48% die Waage hielten.<sup>10</sup>

Der gleichen Umfrage zufolge wünschen 70% der Franzosen eine Beschleunigung der Integration, gegenüber 25%, die eine Verlangsamung vorziehen würden. Im Oktober 1982, unmittelbar nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags, erklärten sich lediglich 45% für die Beschleunigung und 31% dagegen. 1996 betrugen diese Prozentsätze 49% bzw. 36%.

„Wie läßt sich dieser Durst auf Europa erklären?“ fragt sich *Libération*, von diesen Zahlen erstaunt. „Zweifelloos spielt der wirtschaftliche Aufschwung dabei eine wichtige Rolle, schreibt die Zeitung. 1992 war der Hintergrund ein völlig anderer: mit dem Wirtschaftswachstum ging es in Sog der Währungskrisen rapide abwärts, und es zeichnete sich die Kur der strengen Haushaltsbeschränkungen ab, die auf die einheitliche Währung vorbereiten sollte. Damals machte Europa Angst. 1996 hat die Moral der Franzosen einen Tiefpunkt erreicht: die Regierung Juppé ist nach den Streiks des öffentlichen Dienstes vom Dezember 1995 unbeliebt und das Wachstum läuft nicht wieder an. Heute liegen die Ungewißheiten hinter uns: der Euro ist im Januar 1999 in Kraft getreten und schützt die Union vor der asiatischen und russischen Krise, das Wachstum scheint dauerhaft installiert, die Arbeitslosigkeit ist unter den symbolischen Strich der 10% gesunken. Kurz, die Zukunft hellt sich auf. Und ganz mechanisch glauben die Franzosen wieder an die Tugenden des europäischen Aufbaus: Frankreich läuft gut. Europa soll im gleichen Takt voranschreiten.“

Andere Umfragen verwiesen bereits auf eine außergewöhnliche Besserung der Stimmung bei den Verbrauchern im Jahr 1999. Besonders traf dies in Frankreich zu, wo der Rhythmus der Wiederherstellung des individuellen Vertrauens in den Anstieg des Lebensstandards 17 Punkte gewann, 10 in Spanien und Großbritannien, doch nur 2 in Italien und 1 in Deutschland.<sup>11</sup> Aus diesen Studien geht jedoch auch hervor, daß die Auswirkungen des Konjunkturwandels in den einkommensschwachen Gesellschaftsschichten nur wenig wahrgenommen werden, mit dem Risiko einer Verschlimmerung der sozialen Kluft. Allgemein gesehen, bemerkt Gérard Grunberg<sup>12</sup>, sind die Haltungen in Frankreich gesellschaftlich sehr strukturiert. Dabei haben die Gehaltsempfänger der einfachen Kategorien die negativsten Einstellungen in Bezug auf Europa, die Führungskräfte und höheren Berufe die positivsten. Das Niveau der Diplome ist ausschlaggebend und vereint seine Wirkungen häufig mit einer starken Politisierung. In sämtlichen Kategorien stehen die Männer Europa wohlwollender gegenüber als die Frauen. Dies ist auch der Fall der Einwohner von Paris sowie von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Gleichzeitig stehen die pro- oder antieuropäischen Gefühle in Zusammenhang mit Weltvorstellungssystemen, bemerkt Grunberg weiter: die Haltungen, die bislang einen schwachen ideologischen Inhalt besaßen, haben sich heute gemäß der zusehends breiteren Kluft organisiert, die sich zwischen Universalisten und Anti-Universalisten auftut. Für erstere, so erklärt er, verkörpert Europa die Öffnung, die Toleranz, die Annahme der Unterschiede, den kulturellen Liberalismus, die Solidarität. Für die anderen dagegen stellt es eine

---

<sup>10</sup> Vgl. *Libération* vom 26.6.2000

<sup>11</sup> Vgl. Umfrage des IPSOS-Instituts und die Artikel von Bruno Cautrès und Pierre Giacometti in *L'opinion européenne* im Verlag *Presse de Science Po*.

<sup>12</sup> Gérard Grunberg, *Le trouble des opinions publiques*, erschienen in *Quelle Union pour l'Europe* im Verlag *Presse de Science Po*.

Bedrohung der Homogenität der Gruppe oder der Nation dar, die Furcht vor einer wachsenden Zahl von Einwanderern und einem drohenden Identitätsverlust.

Was beunruhigt die europäische Meinung heute am meisten? Den von Ipsos Ende 1999 verwirklichten Studien zufolge ist es nicht mehr die Arbeitslosigkeit, die vorher alle anderen Besorgnisse weit übertraf, sondern die Unsicherheit und die Gewalt, besonders bei Arbeitern und Angestellten. Die Franzosen sind nicht die letzten, die, danach befragt, was sie von Europa erwarten, an erster Stelle die ausgesprochen hoheitlichen Funktionen der Polizei, der Justiz und der Verteidigung nennen.

Hat die politische Klasse das Ausmaß dieser Veränderungen erfaßt? Nach dem Niveau der Stimmenthaltung bei den Wahlen für das europäische Parlament im vergangenen Jahr zu urteilen – 51% im Schnitt in Europa, 53% in Frankreich – ist man versucht, verneinend zu antworten. In nahezu allen großen Parteien, in der Mehrheit wie in der Opposition, gewinnt das Bestreben, zu vermeiden, daß sich der Wahlkampf zu einer Form unkontrollierbaren ‚Auspackens‘ entwickelt, die Oberhand über alle anderen Überlegungen. Die Dürftigkeit der angesprochenen Themen und der vorgeschlagenen Ziele erstaunt. Auf der von ihm angeführten Liste hat der erste Sekretär der PS, François Hollande, Linksradikale, Anhänger Chevènements von der Bürgerbewegung (Mouvement des Citoyens) und Sozialisten versammelt. Eine begrenzte plurale Mehrheit, da die Kommunisten von Robert Hue – ebenso wie die Grünen – eine eigene Liste haben. Sind die gezeigten Ambitionen etwa derart bescheiden, um die Kohäsion seiner Partner zu schonen? Jedenfalls unterstreichen François Hollande, Catherine Lalumière und Sami Naïr in einem von *Le Monde* veröffentlichten gemeinsamen Artikel<sup>13</sup> vor allem ihre sozialen Ziele, unter reichlicher Zuhilfenahme von Banalitäten über Beschäftigung und Wachstum. Sie erwähnen eine Charta der staatsbürgerlichen und sozialen Rechte mit Blick auf eine europäische Verfassung, hüten sich allerdings zu sagen, wie diese aussehen könnte. Als stärkende Reflexion über die politische Union und ihre Institutionen beschränken sie sich auf diese wenig anziehende Beschreibung: „Europa ist ein hybrides und wandlungsfähiges Wesen: bereits föderal und die es bildenden Nationen achtend.“

In der von der PS im Vorfeld dieser Europawahlen erstellten Bestandsaufnahme der Prioritäten kommt die Reform der Institutionen an allerletzter Stelle, nämlich auf Platz 21, und beschränkt sich auf folgende Punkte: die Mehrheitswahl auf den Rat ausdehnen und die Mitentscheidung auf das Parlament, die kollegiale Verantwortung der Kommission erhöhen, die Verträge konsolidieren und vereinfachen.

Mit seiner Liste „Bougez l’Europe!“ ruft Robert Hue im Namen der PC dazu auf, „den Kurs des heutigen europäischen Aufbaus zu wechseln“, sagt jedoch nichts über denjenigen, den man ihm zufolge einschlagen sollte.<sup>14</sup> In ähnlicher Weise lädt er dazu ein, „aufzuhören, von Europa zu sprechen, sondern es (zu) machen“ – ohne zu sagen wie, versteht sich – oder auch „bei der Globalisierung abzuwägen, um andere Werte als das Gesetz des Dschungels zu fördern.“ Erläuterungen gibt er nur, um sich zugunsten der Tobin-Steuer über die Kapitalbewegungen zu äußern und zu fordern, „sich nicht in die Strategie der NATO hineinziehen zu lassen“.

Auf der Seite der Anhänger Chiracs ist die schwere Zunge von gleicher Qualität: im Namen von RPR und Démocratie libérale<sup>15</sup> erklären Nicolas Sarkozy und Alain Madelin, „dem großen Abenteuer des europäischen Aufbaus zu dienen“ und erläutern dabei weder, was sie aufzubauen gedenken, noch den Sinn des Abenteuers. In Ermangelung positiver Vorschläge bedienen sie sich einer doppelten Verneinung, um folgendes zu verurteilen:

---

<sup>13</sup> *Le Monde* vom 8.6.1999

<sup>14</sup> *Le Monde* vom 10.6.1989

<sup>15</sup> *Le Monde* vom 12.6.1999

- „die souveränistische Utopie, die schließlich genau zum Gegenteil des Ziels führt, für das sie sich einsetzen sollte: nämlich der Größe Frankreichs zu dienen.“

- „die extremen Themen, die darauf abzielen, das Modell der Vereinigten Staaten auf Europa zu übertragen ..., die Stangenware eines auf seinen einfachsten Ausdruck reduzierten und in eine Sackgasse führenden Denkens.“

„Das eine, sagen sie, würde nur die europäische Dynamik brechen und die amerikanische Hegemonie stärken, das andere würde durch die Lancierung des unwahrscheinlichen Projekts einer europäischen Föderation die so einzigartige Rolle Frankreichs in Europa verwässern.“ Eine derart einzigartige Rolle, daß die beiden Autoren nichts weiter darüber sagen!

Beredter sind Sarkozy und Madelin dagegen, wenn es um ihr Hauptziel geht, nämlich den Weg zu versperren für die Sozialisten, „deren Ehrgeiz“, so bekräftigen sie, „sich darin zusammenfassen läßt, die Mißerfolge ihrer Politik in Frankreich nach Europa exportieren zu wollen“ und deren Projekt, „nicht allein auf wirtschaftlicher, sondern auch auf sozialer Ebene der Mottenkiste entstammt“. Und nun fragen sie sich: „Aber Europa, um was genau zu machen?“ – um mit dieser Perle zu schließen: „Europa und seine Institutionen müssen im Dienst einer gewissen Vision der Zukunft und einer Vision Frankreichs stehen.“ Einer Vision, für die sie keine andere Erklärung geben, als daß sie „in diametralem Gegensatz zu derjenigen der Sozialisten“ stehe.

Dem schon im März von RPR und Démocratie libérale präsentierten gemeinsamen „europäischen“ Programm haftete bereits das Parfum eines antisozialistischen innenpolitischen Manifests an. Unter dem Slogan – Es geht um die Wahl zwischen dem Europa der Freiheiten und dem sozialistischen Europa! – stand dort insbesondere zu lesen: „Im Gegensatz zu den von der sozialistischen Regierung praktizierten Politiken muß Frankreich das Gewicht seiner Abgaben und seiner Steuern vermindern, seine öffentlichen Ausgaben senken, indem es die Reform seines Staates und seines öffentlichen Dienstes einleitet, seine Defizite und seine Verschuldung reduzieren ... usw. ...“

Auch die UDF entgeht allgemeinen Darlegungen nicht, wenn François Bayrou, an der Spitze ihrer Liste, von einem „klaren und kohärenten Projekt“ spricht. Seine Kampagne ist jedoch engagierter. „Der Euro vollendet Europa nicht, denn der Euro ohne politisches Europa ist ein von seinen Zielen abgelenktes und unvollendetes Europa, versichert er im UDF-Programm. Für uns ist Europa eine sich konstituierende Föderation aus Staaten und Nationen. Es ist ein föderaler Aufbau, ein föderativer Prozeß... Er plädiert für „mehr Europa und mehr Demokratie“, für eine Verfassung, über die er nicht viel sagt, wobei er aber doch von einem „identifizierten und gewählten“ Präsidenten spricht. Im Kapitel der Gefahren verweist er, nicht ohne Scharfsinn, auf die nachlassende Begeisterung der Bevölkerung und die Auflösung des ursprünglichen Projekts in einem willenlosen Ganzen.“<sup>16</sup>

Bei den Grünen gewinnt der von Daniel Cohn-Bendit angeführte Wahlkampf bezüglich Inhalt und Form an Relief. Dreißig Jahre nach Mai 68 ist Dany der Rote, der Anarchist aus Nanterre, zu Dany dem Europäer und Dany dem Grünen geworden, hat dabei jedoch nichts von seinem mitreißenden Schwung, noch von seinem Talent eingebüßt, in ein und demselben Elan die Umwelt und die heitere Zukunft eines föderalen Europas zu verteidigen.

Auch bei Charles Pasqua, der mit Philippe de Villiers die Liste der Partei ‚Rassemblement pour la France‘ anführt, die sie gegründet haben, um den souveränistischen Kampf zu führen, langweilt man sich nicht. Pasqua<sup>17</sup> formuliert Worte, welche die PCF zu anderen Zeiten nicht verleugnet hätte und die „ein wachsendes Mißtrauen“ gegenüber einem „monetaristischen, föderalen, Atlantik-orientierten..“ Europa nähren, „was sich konkret als malthusianisch, technokratisch, amerikanisch übersetzen läßt.“ Vor zwanzig Jahren hatte

---

<sup>16</sup> *Le Monde* vom 12.6.1999

<sup>17</sup> *Le Monde* vom 12.6.1999

Marchais eine Schwäche für das Wort Skandal, mit einem großen S. Pasqua dagegen hält für Unzulässig, mit einem großen U, versteht sich. Er zieht gegen die Vorrangstellung des europäischen Rechts und gegen ein System ins Feld, das uns ihm zufolge zwingt, uns dem Europäischen Gerichtshof anzuvertrauen, „einer außerhalb liegenden Rechtsbehörde“, um „über so grundlegende, für unser nationales Leben so echte Prinzipien zu urteilen wie die öffentlichen Freiheiten, die Kontrolle der Staatsgelder oder die Menschen- und Bürgerrechte.“ Muß man die Rechtsordnung ändern, ohne daß das französische Volk davon weiß? „Unzulässig!“ ruft er aus. Von allen Kandidaten ist er zweifellos der direkteste, wenn er seine Ziele bekannt gibt: der Kommission jegliche Exekutivgewalt entziehen, um diese dem Ministerrat zu übertragen, das europäische Gesetz der Kontrolle von zwei Kammern unterwerfen, deren eine sich aus europäischen Parlamentariern zusammensetzt, während die andere aus nationalen Parlamentariern besteht, und schließlich das Vetorecht gemäß der Formel des sogenannten „Luxemburger Kompromisses“ beibehalten.

In der gleichen Stimmung greift Pasqua einige Monate später den weltweiten Freihandel, die Amerikanisierung der Lebensgewohnheiten und die Globalisierung im allgemeinen an, in der er „eine hinterlistige Enteignung der nationalen Souveränitäten und eine Maschine zur Unterwerfung der Völker, der Sprachen und der Nationen unter die Handelsinteressen multinationaler Konzerne und den Willen zur Welthegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika“ sieht.

Jedenfalls sind es am Abend des 13. Juni 1999 die Anhänger einer engagierten Kampagne, sei sie nun für oder gegen Europa, die die besten Ergebnisse verkünden. In der ersten Reihe die Liste Pasqua-Villiers, die mit über 13% der Stimmen und 13 gewählten Volksvertretern die Liste Sarkozy-Madelin – 12,7% und 12 gewählte Volksvertreter – überflügelt und so in der französischen Rechten eine Mini-Flutwelle auslöst.

Die Grünen streifen ihrerseits die 10% und erhalten – wie die UDF von Bayrou - 9 Sitze. Die Kommunisten und deren Freunde von „Bouger l'Europe“ erhalten lediglich sechs und sind somit punktgleich mit der Liste Saint Josse – ‚Chasse, pêche, nature et tradition‘ (Jagd, Fischerei, Natur und Tradition) – die einen sehr engagierten Wahlkampf geführt hatte. Für die PC drei gewählte Vertreter weniger als für die Grünen! Ein Mißerfolg, während sich die äußerste Linke von Arlette Laguillier und Alain Krivine, aktiv antieuropäisch, mit ihren 5 Abgeordneten brüstet.

François Hollande kann sich seinerseits gratulieren, weit besser als alle anderen Listen abgeschnitten zu haben und sehr viel besser dazustehen als andere europäische linke Regierungsparteien – besonders SPD und englische Labour Party –, die von ihren Wählern ganz offen im Stich gelassen wurden. Dennoch bleibt seine Zahl der erhaltenen Stimmen leicht hinter dem zurück, womit er hätte rechnen können: 21% und 22% gewählte Vertreter.

Ein Wahlkampf, dem es an Atem mangelte, zumindest bei den großen Parteien der Mehrheit und der Opposition. Beunruhigende Ergebnisse für die Rechte, undurchsichtige für die Linke, die weder die einen noch die anderen ermutigen werden, ihre Analysen zu überprüfen und einen Tiger in den Tank ihrer europäischen Politik zu packen. Somit bleibt bei den Protagonisten der Kohabitation die Vorsicht auf der Tagesordnung: Chirac überwacht Pasqua und Villiers, Jospin seine Kommunisten und seine Grünen. Der eine wie der andere hält die Augen auf die blauweißrote Linie der kommenden Wahlen geheftet – die Gemeindewahlen von 2001 und vor allem die Präsidentenwahl von 2002, mit einer fixen Idee: vermeiden, daß die europäischen Angelegenheiten und die im zweiten Halbjahr des Jahres 2000 bevorstehende französische Ratspräsidentschaft dem Partner-Gegner Gelegenheit bietet, Punkte zu sammeln und seine Position zu festigen. Zudem gilt es zu vermeiden, ihr Lager über die europäischen Fragen zu spalten. Gefährliche Partie des *ich seh' dir in die Augen und wie Du mir, so ich Dir*, rechts noch komplizierter als links, da Chirac nicht allein mit den Aufschneidereien von Pasqua rechnen muß, sondern auch mit den Gemütszuständen eines

Balladur, der Ungeduld eines Bayrou und den Ambitionen eines Séguin, ganz zu schweigen von den Fallen der Mairie de Paris (Pariser Bürgermeisteramt).

Die Kohabitation drängt die Republik nicht auf die Wege der Größe. Auch fördert sie nicht den Universalismus staatsbürgerlichen Denkens. Sie unterhält im Gegenteil die vom Lokalpatriotismus geprägte Reaktionsfähigkeit des französischen politischen Lebens und fordert die Protagonisten zu einem Immobilismus auf, der nur schlecht die Rhetorik der Rede verbirgt. Mit ihr schrumpft das Hexagon, politisch gesprochen, bis es nur mehr den kurzen Raum bedeckt, der an den beiden Seine-Ufern den Elysée-Palast vom Hôtel Matignon trennt.

Greift dieses Einschlafen des politischen Frankreich auf das kulturelle und intellektuelle Leben über, und breitet es seine Verwüstungen in der Zivilgesellschaft auf Unternehmen, Gesellschaften und Vereinigungen aus, bis es die Bürgerinnen und Bürger aller Art und aller Klassen erreicht? Die Gefahr besteht. Wurde die Kultur bei uns, wie dies vor einigen Monaten der Politologe Vincent Tournier<sup>18</sup> bemerkte, schließlich nicht traditionsgemäß als ein politisches Instrument im Dienste des Staates und des nationalen Aufbaus entworfen? In der Verwirrung einer von dem Soziologen Pierre Bourdieu eingeleiteten echt französischen Polemik stellte Tournier fest, daß „sich die französische Kultur schwer tut, sich an den Rest der Welt zu wenden, da es ihr nicht – oder nicht mehr – gelingt, aus ihren nationalen Rahmen herauszutreten, sich von Gedankengängen oder Werten zu befreien, die außerhalb des Hexagons keinerlei Bedeutung haben.“ Dennoch hat sich die Ansteckung nicht so weit ausgebreitet, wie Tournier zu befürchten scheint, selbst wenn es zutrifft, daß im Frankreich Chiracs und Jospins – unter Mithilfe der Medienmacht und des Konformismus – der offizielle Diskurs den allgemeinen Diskurs dämpft, vielleicht noch stärker als im Frankreich von Ludwig XIV. Somit läßt sich feststellen, daß die Dürftigkeit des europäischen Diskurses auf höchster Ebene des Staates weder die Ängstlichen am Nachdenken noch die Mentalitäten an der Weiterentwicklung gehindert hat.

Bei den Fachleuten der Reflexion – Historiker, Politologen, Soziologen oder Ökonomen – trat im Laufe der letzten fünf Jahre ein gewisses Unbehagen zutage, begleitet von einem vagen Gefühl der Beunruhigung, das wahrscheinlich von der Schwierigkeit herrührt, der Intellektuelle bei dem Versuch begegnen, die häufig widersprüchlichen Gegebenheiten der heutigen Welt zu berücksichtigen: Globalisierung der Wirtschaft, Wandel der internationalen Kräfteverhältnisse, Zugang der Vereinigten Staaten zum Status einer Hypermacht, Einigungsperspektiven des europäischen Kontinents, demographische Wirklichkeiten und Migrationsströme. Daher das Bedürfnis nach Inspiration, das sie zugleich mit einer gewissen Skepsis hinsichtlich ihrer eigenen Fähigkeit und derjenigen unserer Regierungen ausdrücken, die geeigneten Lösungen zu erdenken und umzusetzen.

„Europa wird sich weder auf der Sehnsucht nach den germanischen Wäldern, noch auf den Erinnerungen an das mittelalterliche Christentum errichten lassen, da es auf dem Kontinent zwanzig Millionen Muslime gibt, erklärt Dominique Schnapper (während eines Kolloquiums der Robert-Schuman-Stiftung), es wird aus der Reflexion der Intellektuellen geboren werden, wenn sie denn dazu fähig sind...

In seinem dieses Jahr veröffentlichten Bericht über den Zustand der Europäischen Union beunruhigt sich das Team der von Jean-Paul Fitoussi geleiteten französischen Beobachtungsstelle für Wirtschaftskonjunkturen: „Die Zukunft, so schreiben die Verfasser, verabscheut die Leere, und daß sie (die Zukunft) nicht gedacht wurde, bedeutet nicht, daß sie nicht eintreffen wird. Das Fehlen von Entscheidungen ist eine Entscheidung, die die Weichen für die Zukunft stellt.“ Und sie warnen: „Die Verbindung des Nichtvorhandenseins einer Regierung Europas und der aufstrebenden Macht undemokratischer, d.h. politisch unverantwortlicher Institutionen könnte zur Folge haben, daß sich Europa auf eine Zukunft

---

<sup>18</sup> Vgl. *Le Monde* vom 21.10.1999



hin entwickelt, die niemand wünscht, weder die Regierungen noch die Bevölkerungen. Die dabei wirksamen Prozesse führen zu nicht beabsichtigten Ergebnissen, d.h. zu nicht optimalen Ergebnissen sowohl im Bereich der Beschaffung öffentlicher Güter, als auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dies ist unabwendbar, wenn keinerlei allgemeine politische Orientierung auf der Grundlage demokratischer Prozesse die Ziele des europäischen Aufbaus für die Zukunft bestimmt.<sup>19</sup>

Die Souveränisten kennen solche Gemütszustände nicht. Sie sind weiterhin von den gleichen Gewißheiten erfüllt: Souveränität ist stets unteilbar und unveräußerlich. „Sie ist ein Ganzes, oder sie ist nichts!“ rufen sie aus. Sie sind und bleiben unnachgiebig. Zumindest die Fanatischsten unter ihnen wie William Abitbol und Paul-Marie Couteaux,<sup>20</sup> beide auf der Liste Pasqua-Villiers ins Europäische Parlament gewählt: „Unter einer angeblich gaullistischen Präsidentschaft sehen sich die Gaullisten veranlaßt, ein neues Wort zu finden, um sich selbst zu benennen - moderne Marranen, die gezwungen sind, ihrer Treue abzuschwören, um in einem dem globalistischen „Denken-von-der-Stange“ ausgelieferten Frankreich eine Stimme zu behalten,“ verkündeten sie ohne zu zögern, bevor sie die „Preisgabe“ anprangerten, die in ihren Augen die derzeitige Politik kennzeichnet: „Preisgabe“: das Wort ist nicht zu stark, fahren sie fort. Staat, Republik, Demokratie sind nur noch leere Schalen, denen als einzige Funktion diejenige der Beschwörung geblieben ist... Unser Land hat nicht mehr die geringste Politik, ja nicht einmal die Mittel, eine zu haben, den juristischen Netzen ausgeliefert, in denen es sich in Brüssel für die großen Haushaltsentscheidungen, in Washington für seine Außenpolitik und seine Verteidigung und im Gesetz des Marktes für alles übrige hat einfangen lassen.“

Hier sei vermerkt, daß die Souveränisten zu einem Abdriften der antieuropäischen Strömung in die tieferen Gewässer des Antiglobalismus beigetragen haben, was sie in ihren postgaullistischen Bestrebungen bestärkt und ihnen hilft, die Wege eines Antiamerikanismus wiederzufinden, wo sich die kommunistischen Stimmen und diejenigen ihrer Weggefährten traditionsgemäß mit denjenigen der nationalistischen Rechten zusammenschlossen<sup>21</sup>. Die derzeitige Fassung liefern Marie-France Garaud, auch sie auf der Liste Pasqua-Villiers gewählt, und Didier Motchane, Chevènement sehr nahestehend und stellvertretender Vorsitzender der Bürgerbewegung (Mouvement des citoyens), wenn sich ihre Federn in der Abfassung eines Textes vereinen, um gemeinsam „die Ersetzung der UNO durch die NATO“ in der Kosovo-Krise anzuprangern und zu erklären: „Zweifelloos ist es kein Zufall, wenn sich unsere führenden Politiker, die die Souveränität ihres Landes in einem unverantwortlichen Marsch in Richtung auf ein mit den Farben ihrer Träume ausgemaltes föderalistisches Europa billig vermarkten, in der Gefolgschaft der Vereinigten Staaten auf das jugoslawische Abenteuer eingelassen haben.“

Diese Abdriften bringt sie jedoch ungewollt in eine peinliche Situation, indem sie den Verfechtern des starken Europa ernsthafte Argumente liefern, um die Bürger zu überzeugen, daß ein solide organisiertes Europa – weit davon entfernt, das trojanische Pferd der von seinen Gegnern beschriebenen Globalisierung zu sein – sie besser als die alten Grenzen gegen die amerikanische Wirtschaftsmacht, die Flut der Einwanderer oder die neuen Drogen- und Geldmafias verteidigen würde.

Auf diesem schwankenden Boden der Souveränität haben die Verfechter Europas in den letzten Jahren gelernt, sich gegen die Anschuldigungen der „Preisgabe“ zur Wehr zu

---

<sup>19</sup> Bericht über den Zustand der Europäischen Union (2000) von Jean-Paul Fitoussi, mit Renaud Dehousse, Jacky Fayolle, Jacques Le Cacheux, Anne Lecuyer, Olivier Passet, Bruno Ventelou, Ed. Fayard-Presses de Sciences-Po.

<sup>20</sup> Vgl. *Le Monde* vom 30.9.1999

<sup>21</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11.6.1999 – Artikel unter dem Titel *Du consentement à l'assujettissement* gezeichnet Marie-France Garaud und Didier Motchane.

setzen. Lange Zeit hindurch von den historischen Bezugnahmen in Verlegenheit gebracht, die jenen teuer sind, die sich als Erben der Jakobiner und die Verfechter der großen Grundsätze der französischen Revolution verstehen möchten, haben sie begriffen, daß es die Volkssouveränität nicht beleidigt, wenn man sie nicht in allen Bereichen mit der Landessouveränität zusammenfallen läßt, wie es die Souveränisten mißbräuchlich fordern. Das hieß, die letzteren des Pulvers berauben, das ihre Kanonen versorgt: der Nationalstaat kann also seine Souveränität mit anderen teilen, ohne sie deshalb dem souveränen Volk zu entziehen, vorausgesetzt jedoch, die europäischen Regierungschefs werden durch das Volk gewählt und – wie die nationalen Politiker – einer demokratischen Kontrolle unterworfen.

Damit hat bei uns zugleich die Territorialität an Boden verloren, da die bedingungslosen Anhänger des Nationalstaates auch die bedingungslosen Anhänger des Staatsgebietes sind, so stark ist bei den Franzosen die Vorstellung, daß es eines Fleckchens Erde bedarf, um sein Glück zu kultivieren und seine Fahne aufzupflanzen, und daß es weder ein Staatsgebiet ohne Fahne, noch eine Fahne ohne Staatsgebiet gibt. Schon lange kennt die Ausübung der Macht andere Methoden, doch heute sind die Kirchen nicht mehr die einzigen, die sich über Grenzen hinwegsetzen und mit den Staaten rivalisieren. Mit den neuen technischen Revolutionen, die alle Bereiche berühren – seien sie intellektuell, medizinisch, industriell oder militärisch – läuft alles darauf hinaus, die Macht, und somit die Souveränität, die deren rechtlicher Ausdruck ist, vom exklusiven Besitz eines Hoheitsgebietes zu lösen. „Die Souveränität, so wie man sie seit dem Ancien Régime und der Revolution in Frankreich versteht, ist zu einer Fiktion geworden“ bemerkt Yves Mény. „Die globale Welt ist eine horizontale Welt, in der die Hierarchien ins Wanken gebracht werden ... die Macht der Unternehmen kann bedeutender sein als diejenige gewisser Regierungen.“<sup>22</sup>

„Das alte Vorurteil, demzufolge der Nationalstaat das Monopol der Demokratie besitzen sollte, kann sich heute angesichts der Fortschritte der Globalisierung ebenso wenig halten wie angesichts derjenigen der Dezentralisierung.“ Diese Feststellung findet man in dem sehr soliden Bericht über die Reform der Institutionen, den eine Gruppe aus Verwaltungsexperten und Hochschullehrern unter der Leitung von Professor Jean-Louis Quermonne, Vorsitzender der französischen Vereinigung für Politikwissenschaft (Association française de Science politique) verfaßt hat. In dieser im Herbst 1999 dem Premierminister überreichten Arbeit vermerken die Autoren u.a.: „die in Ausübung ihrer geteilten Souveränität von den Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen müssen ihre Effizienz in der engen Verschachtelung der supranationalen und zwischenstaatlichen Instanzen der Europäischen Union finden. Immer wichtiger wird, daß diese Instanzen den Kriterien der demokratischen Rechtmäßigkeit und den Werten entsprechen, auf die sich die Union beruft.“ Damit die Union sich zugleich erweitern und fortfahren kann, ihre wesentlichen Aufgaben wahrzunehmen, erachtet es der Quermonne-Bericht als notwendig, drei Anforderungen zu erfüllen: Europa bedarf einer echten Regierung, eines Gravitationszentrums und eines verfassungsmäßigen Paktes, der ihm eine bislang noch ungewisse Identität verleiht.<sup>23</sup>

Alain Dieckhoff, Forschungsdirektor am CNRS, schreibt seinerseits: „Der Nationalstaat befindet sich heute in einer Krise. Diese resultiert aus zwei Erscheinungen: der Schwächung des Staates in seiner regulierenden Funktion und der ideologischen Krise der Nation als ein vom Staat organisiertes gesellschaftliches Gebilde... Der heutige Staat wird in ganz neuer Weise von oben wie von unten ausgehöhlt...“<sup>24</sup> Und er stellt fest, daß „die Modernität frühere Grenzen verwischt und zugleich unablässig neue schafft“. So tendiert beispielsweise die Entwicklung der Kommunikationsmittel dazu, die Rolle des Staates zu

---

<sup>22</sup> Vgl. *Le Monde* vom 14.12.1999

<sup>23</sup> Vgl. *L'Union européenne en quête d'institutions efficaces et légitimes*, Bericht des Generalkommissariats des Plans, Ed. La Documentation Française November 1999.

<sup>24</sup> Vgl. den Essai von Alain Dieckhoff, *La Nation dans tous ses Etats*, Ed. Flammarion 2000.

entwerten, der seinen Anspruch auf die monopolistische Kontrolle des Staatsgebietes angetastet sieht.

Dieckhoffs Arbeit ist ein gutes Beispiel für die derzeitige Reflexion über die Souveränität, ein Begriff, den zu überdenken der Autor seine Leser auffordert. Es erscheint ihm unverzichtbar, zwischen Souveränität und Unabhängigkeit zu unterscheiden, und er erinnert daran, daß die 26 Schweizer Kantone vollkommen souverän sind. In gleicher Weise schlägt er vor, den Staat von der Nation zu trennen. Dabei sollte der Staat als „der Faktor der politischen Einheit und die Instanz zur Organisation der Staatsbürgerschaft, die Nation dagegen als die historische Kulturgemeinschaft betrachtet werden.“

„Die zunehmende Pluralisierung der Gesellschaften“, erklärt Dieckhoff, „macht das Postulat, demzufolge ein Staat einer Nation und einer Kultur entsprechen soll, immer unhaltbarer. Neue Aktualität verleiht sie dagegen dem multinationalen Staat, der seiner Natur gemäß auf dem Ausdruck mehrfacher Identifikationen gründet und mit den Bestrebungen moderner Menschen harmoniert, gleichzeitig auf mehreren Registern der Zugehörigkeit zu spielen.“

In der theoretischen Debatte sind wir an diesem Punkt angelangt. Was die Souveränisten auch dazu sagen mögen, das Problem liegt nicht mehr im dogmatischen Bereich, sondern auf dem mehr prosaischen Gebiet der Verteilung und der Kontrolle der Macht innerhalb der Institutionen. Gleichzeitig mit den theologischen Verböten verschwinden heute auch die Tabus. An erster Stelle dasjenige bezüglich des Wortes Föderation, das lange Zeit hindurch selbst die Überzeugtesten nicht ohne alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu benutzen wagten, aus Furcht davor, als Verräter der Nation zu gelten.

Genau diese abschreckende Wirkung wollten die Gegner Europas durch ihre Kampfreden erzielen. Das beste Beispiel dafür bleibt „der Aufruf an die Franzosen“, den Chirac am 6. Dezember 1978 auf Anraten von Marie-France Garaud auf einem Bett des Krankenhauses Cochin unterzeichnet hatte, wo er einen schlimmen Knochenbruch behandeln ließ. In diesem zum „Aufruf von Cochin“ gewordenen Text widersetzte sich Chirac der Wahl des Europäischen Parlaments durch allgemeines Wahlrecht<sup>25</sup> und sprach eine dramatische Warnung aus: „Man bereitet die Unterwerfung Frankreichs vor, man stimmt der Idee seiner Erniedrigung zu,“ erklärte er, um sich anschließend als Verteidiger eines europäischen Europas gegen jegliche Form eines supranationalen oder föderalen Europas darzustellen, das ihm zufolge „unweigerlich durch die amerikanischen Interessen beherrscht werden würde.“ Das alles, um sich noch stärker gegen seine ehemaligen Verbündeten, Giscard-Anhänger und Zentristen, zu wenden, mit denen er mehr als zwei Jahre regiert hatte, die er jedoch, ohne sie zu nennen, als „die Partei des Auslands“ bezeichnete: „Wie stets, wenn es sich um die Erniedrigung Frankreichs handelt“, meinte er anklagend „ist die Partei des Auslands mit ihrer friedlichen und beruhigenden Stimme am Werk. Franzosen, hört nicht auf sie. Es ist die Erstarrung, die dem Frieden des Todes vorausgeht.“ Es ist noch gelinde ausgedrückt, heute mit Cohn-Bendit zu sagen: „Vom Aufruf von Cochin zum Aufruf von Berlin, was für ein Weg!“

Selbst Giscard sah sich gehalten, gewisse Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen: Er spricht von der „föderativen“ Art der künftigen Institutionen, indem er diesen etwas altmodischen Begriff bei Montesquieu sucht, der in seinem *Esprit des Lois* (Geist der Gesetze) der föderativen Republik „alle inneren Vorzüge der republikanischen Regierung und die äußere Kraft des Monarchischen“ zubilligte. In einer langen und sorgfältigen Analyse in

---

<sup>25</sup> Diese Reform war auf Initiative von Giscard beschlossen worden. Die erste Wahl des Europäischen Parlaments mit allgemeinem Wahlrecht, am 10. Juni 1979, war ein Misserfolg für Giscard: die RPR (Liste Chirac Debré für Défense des Intérêts de la France en Europe – Verteidigung der Interessen Frankreichs in Europa) kam mit 16,5% der Stimmen lediglich auf den 4. Platz, nach UDF (Simone Veil) mit 27,55%, PS (Mitterrand) mit 23,57% und PC (Marchais) mit 20,57%.

Form eines Manifests, die auf 1995 zurückgeht, sprach sich Giscard, indem er die deutsche Idee des „harten Kerns“ und gleichzeitig die „konzentrischen Kreise“ oder „das Europa der zwei Geschwindigkeiten“ verwarf, für ein „Europa von differenziertem politischem Willen“ aus. Eine zu ausgefeilte Formulierung, um gedeihen zu können, die jedoch anschaulich den Inhalt dessen beschreibt, was eine Avantgarde sein soll. Da seines Erachtens der einzig mögliche Fortschritt im Laufe der kommenden fünf Jahre die Währungsunion war, die der Maastrichter Vertrag gerade in Gang gebracht hatte, erklärte er: „Es gilt, der Währungsunion eine politische Verlängerung zu geben, indem man sie zum Gründungsakt einer politischen Union mit föderativer Bestimmung macht.“<sup>26</sup>

Heute bleibt Giscard diesem Begriff treu, wenn er mit Helmut Schmidt die Länder, die den politischen Willen dazu besitzen, aufruft: „einen Teil ihrer politischen Zuständigkeiten auf der Grundlage eines förderativen Ansatzes zu integrieren.“ Delors spricht jedoch schon seit langem von Föderation, selbst wenn dies in Form einer Föderation von Nationalstaaten geschieht. Bayrou und Cohn-Bendit beziehen sich ihrerseits ohne jeden Umweg darauf. Bis zu Pierre Lellouche, der nach der Rede Fischers trotzig schreibt: : „Im Grunde ziehe ich eine Föderation einer kleinen Zahl von Staaten mit klar bestimmten Zuständigkeiten und mit einer wirklichen demokratischen Rechtmäßigkeit dem derzeitigen Durcheinander einer richtig-falschen Konföderation vor, die Staaten und Parlamente nach und nach ihrer Zuständigkeiten beraubt, um sie der Rechtmäßigkeit entbehrenden Beamtenorgani anzuvertrauen.“

Somit hat das Wort ‚Föderation‘ seinen Schwefelgeruch verloren und man kann es benutzen, ohne zum Scheiterhaufen verurteilt zu werden. Ja, die Europäer haben sogar begonnen, die Situation zu ihrem Vorteil zu wenden, indem sie die Botschaft weitergaben, eine wohlverstandene Föderation schütze die Souveränität der Teilnehmer mehr als sie sie belaste.

In diesem Sinne plädieren sie – und allen voran Delors – für eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten, in dem Vertrag – oder in der Verfassung, wenn es denn eine geben soll – zwischen der Union, den Mitgliedstaaten und den anderen Körperschaften, wie beispielsweise den Ländern in Deutschland oder anderswo den autonomen Gebieten, Provinzen oder Regionen. Auf diese Weise würde man die Schwierigkeiten vermeiden, die im derzeitigen System durch die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ohne vorausgehende Bestandsaufnahme oder Aufteilung der Kompetenzen entstehen. Tatsächlich verleitet die schwerfällige Formulierung des Artikels 3B des Maastrichter Vertrags dazu, an seinem operationellen Wert zu zweifeln: „In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.“ Da haben wir auf einem durchaus wesentlichen Gebiet ein gutes Beispiel für den unleserlichen Charakter der Verträge, das Wasser auf die Mühlen all jener gießt, die deren Umgestaltung und Neuabfassung verlangen.

Die Annahme der einheitlichen Währung durch die Elf hat weitgehend dazu beigetragen, die Debatte über die Souveränität voranzubringen und die Souveränisten zu behindern. In Frankreich lag das Zufriedenheitsniveau fünf Monate nach der Annahme des Euro mit 64% sehr hoch, höher als der europäische Durchschnitt von 53%<sup>27</sup>. Trotz der dieses Jahr durch den Sturz des Euro ausgelösten Polemik bleibt die öffentliche Meinung insgesamt davon überzeugt, daß die Währungsunion eine gute Sache ist und hat nichts dagegen, daß der Nationalstaat zumindest einen Teil seiner Souveränität aufgibt, um ihn einer höheren Ebene anzuvertrauen, wenn alle Teilnehmer dabei auf ihre Kosten kommen. Dadurch hat die Debatte

---

<sup>26</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 10. und 11. Januar 1995.

<sup>27</sup> Umfrage Louis Harris, zitiert in *L'opinion européenne*, Ed. Presses des Sciences-Po

über die Souveränität an Klarheit gewonnen. Sie bezieht sich fortan weniger auf die Übertragung selbst als auf die Kontrolle ihrer Auswirkungen.

„Die Souveränität ist heute geteilt: halb europäisch, halb national oder, anders gesagt, weder wirklich europäisch noch wirklich national“, bemerkt das Team von Fitoussi in seinem bereits zitierten Bericht über den Zustand der Union. Europa ist in ihren Augen eine merkwürdige Konstruktion: „Die nationalen Souveränitäten sind dort durch gemeinsam angenommene, zwingende politische Regeln begrenzt, doch im Namen ihrer Wahrung verhindert man die Entstehung einer föderalen Souveränität.“

Jérôme Monod, der hoher Staatsbeamter, ein großer Industrieller und Generalsekretär der RPR war und seit einigen Wochen im Elysée den Platz eines sehr beachteten Beraters einnimmt, ist nicht weit davon entfernt, derselben Analyse zuzustimmen, wenn er sich für ein „souveränes Europa“ ausspricht, indem er bekräftigt, daß „die politische Souveränität Europas eine unverzichtbare logische Folge der Schaffung der einheitlichen Währung ist“. In einem im November 1999 mit dem Psychoanalytiker Ali Magoudi veröffentlichten Buch<sup>28</sup> verweist Monod darauf, daß in den Ländern der Gemeinschaft und anschließend der Union die allmähliche Abgabe der nationalen Souveränität nicht von einer parallelen Entwicklung der gemeinschaftlichen Souveränität begleitet wurde. Dies rief ein Unbehagen hervor, insbesondere bei den Franzosen, die an ihre souveränen Grundlagen – Sprache, Währung, Staatsgebiet, Armee, Diplomatie – gewöhnt sind. Um den Zusammenhalt in denjenigen Gesellschaften wiederherzustellen, wo sie an Boden verliert, sieht er keine andere Lösung, als Souveränität neu zu schaffen, doch diesmal auf der Ebene Europas.

In einem von *Le Monde* veröffentlichten Artikel<sup>29</sup> schreiben Monod und Magoudi weiter: „2002 werden die an elf souveräne Länder gebundenen Landeswährungen zugunsten einer Währung verschwinden, die durch keine souveräne Macht gestützt wird. Wie viel identitätsspezifische Unordnung läßt sich bereits jetzt voraussehen! Unter dem Druck der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung sowie derjenigen der Information wandelt sich die Welt schneller als die alten europäischen Länder - durch zu lockere Bande ungenügend miteinander verbundene Nationen. Die Globalisierung erscheint unausweichlich und nicht umkehrbar. Doch ist sie dies wirklich? Und wird sie nur ein einziges amerikanisches Gesicht haben – mit seinem wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Modell? Die Entscheidung darüber liegt bei uns.“

Im gleichen Sinn schreibt der Jurist Dominique Rousseau, Professor an der Universität von Montpellier: „Die Staaten haben viele ihrer Zuständigkeiten übertragen, jedoch die demokratische Rechtmäßigkeit behalten. Europa hat zwar Befugnisse, jedoch keine demokratische Rechtmäßigkeit erhalten. Deshalb muß man – wie man die Dinge auch drehen und wenden mag – entweder die Zuständigkeiten dorthin zurückgeben, wo sich die Rechtmäßigkeit befindet, oder aber man muß die Rechtmäßigkeit dorthin bringen, wo sich die Zuständigkeiten befinden.“<sup>30</sup> Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß Rousseau unter diesen beiden Antworten die zweite wählt und dazu aufruft, unverzüglich den Prozeß einer europäischen Verfassung einzuleiten, nicht ohne zuvor bemerkt zu haben: „Zweifelsohne ist Europa kein Staat; doch die Verknüpfung Verfassung-Staat ist das Produkt der Geschichte und nicht der Ausdruck einer ontologischen Notwendigkeit, was übrigens der berühmte Artikel 16 der Erklärung von 1789 hervorhebt, wenn er sagt: Jede Gesellschaft, in der weder die Garantie der Rechte gewährleistet ist, noch die Trennung der Machtbefugnisse bestimmt wird, hat keine Verfassung.“

---

<sup>28</sup> Manifeste pour une Europe souveraine, von Jérôme Monod und Ali Magoudi, Ed. Odile Jacob.

<sup>29</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6.5.2000

<sup>30</sup> Vgl. *Libération* vom 4.4.2000

Gibt es zwischen den verschiedenen Ländern der Union genug Konvergenzen, damit sie über eine gemeinsame Verfassung diskutieren können? Ja, erwidert Rousseau, der eine dreifache Konvergenz feststellt:

- diejenige der Struktur der Staaten: der einstige Gegensatz zwischen unitarischem Modell und föderalem Modell verschwimmt. Dies sieht man in Frankreich mit der Dezentralisierung, in Spanien mit den autonomen Gebieten, sogar im Vereinigten Königreich mit der Devolution an die gewählten Versammlungen von Schottland, Wales und Nordirland.
- diejenige der Regierungsformen: überall regiert die Exekutive und derjenige, der entscheidet, wird - wie immer er auch ernannt werden mag - durch das allgemeine Wahlrecht gewählt.
- diejenige der Grundrechte: gleiche Grundsätze einer sozialen Organisation der Wirtschaft und gleiche Grundsätze einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft.

Zu dieser Frage der Grundrechte haben gewisse Arbeitsgruppen, wie die unter dem Namen CAFECS (*Carrefour pour une Europe Civique et Sociale* – Kreuzungspunkt für ein bürgerliches und soziales Europa) bekannt gewordene, Beiträge geleistet, die von einer völlig neuen europäischen Bewußtseinsbildung in der Zivilgesellschaft zeugen. Die CAFECS sieht dies so: „wenn die Europäische Union heute die Notwendigkeit spürt, eine Grundrechts-Charta zu erstellen, heißt dies, daß sie sich bewußt ist, eine Identität ausdrücken zu müssen, um sie selbst zu sein. Eben weil es sich auf einer freiwilligen, kooperativen, demokratischen und gewaltfreien Grundlage aufbaut, muß Europa seine Identität definieren.“<sup>31</sup>

So verschwindet mit der Föderation ein zweites Tabu, dasjenige einer europäischen Verfassung, die einer in Ausarbeitung befindlichen Erklärung der Rechte vorausgehen würde. Nach dem Anschluß Chiracs, selbst wenn die Perspektive des Staatspräsidenten unscharf bleibt, sind es so gut wie 70% der französischen Wählerschaft, die wahrscheinlich einer Idee zustimmen würden, für die sich die PS ihrerseits seit ihrem nationalen Konvent entschieden hatte. Cohn-Bendit kann öffentlich wetten, daß Europa 2004-2005 eine Verfassung haben wird.

Dieses Voranschreiten der Verfechter Europas ist aufsehenerregend. Sie fassen Fuß und erringen einen Vorteil genau auf dem Gebiet der Politik, das ihre Gegner wie eine uneinnehmbare Stellung besetzt hielten. Nicht nur die unverbesserlichen Souveränisten, sondern auch die Befürworter des ‚Nein‘ zu Maastricht wie Philippe Séguin, für den ein politischer Raum allein auf nationaler Ebene existierte und folglich auch eine mögliche Ausübung der Demokratie einzig auf diesem Niveau gegeben war.

Was man da langsam aber sicher heraufziehen sieht, ist dieser europäische öffentliche Raum, den man unerreichbar glaubte, der jedoch beginnt, dem nationalen öffentlichen Raum Konkurrenz zu machen, von dem man sagte, daß er noch lange Zeit hindurch ohne Rivalen bleiben werde. Ironischerweise wurde das Signal dazu im Juni durch Jean-Pierre Chevènement gegeben, einem der fanatischsten Verfechter der nationalen Exklusivität, als er einer Debatte über die Zukunft Europas mit Joschka Fischer unter der Schirmherrschaft des Wochenblattes *Die Zeit* in Deutschland und der Tageszeitung *Le Monde* in Frankreich zustimmte.<sup>32</sup> In einem zweiten Teil werden wir nun die neuesten Entwicklungen der Debatte in Frankreich untersuchen, mit den französischen Reaktionen auf die neuerungsorientierte Rede des deutschen Außenministers und den Bewegungen, welche die Antwort des französischen Staatspräsidenten in der Kohabitation genau zu dem Zeitpunkt hervorgerufen hat, als die französische Ratspräsidentschaft eröffnet wurde.

---

<sup>31</sup> Vgl. die Zeitschrift *La Tribune Fonda* Nr. 142, April 2000.

<sup>32</sup> Vgl. *Le Monde* vom 21.6.2000

## II – Die Reaktionen auf die deutsche Initiative

Jean-Pierre Chevènement war eine der ersten politischen Größen der französischen Politik, die auf die Rede von Fischer reagiert haben. Er wird den Provokateur spielen und eine den Franzosen eigene Polemik anregen, auf die die kleine Pariser Welt der Politik und der Medien versessen ist. Bei einer solchen Übung gewinnen der entrüstete Ton der Einwürfe und das Spiel mit den Halbsätzen, die ihren ganzen Reiz ausmachen, fast immer die Oberhand über den Kern der Debatte. Dies stört niemanden, sondern gestattet vielmehr den Akteuren, sich besser in dem aktuellen politischen Spiel zu positionieren.

Chevènement wird also am 21. Mai in *France 2* und am gleichen Tag anlässlich eines Kolloquiums des *Mouvement des citoyens* (dessen Vorsitzender er ist) die Berliner Vorschläge kommentieren: „Wir sehen uns einer Tendenz Deutschlands gegenüber, für Europa eine föderalistische Struktur zu erdenken, die seinem Modell entspricht ...“. Will er seiner Zuhörerschaft seine Sichtweise über die Unterschiede im Verhalten von Frankreich und von Deutschland vor Augen führen? Wird er feststellen, daß die Europäer bisher (mehr oder weniger) nur zwei Formen einer politischen Gesellschaft erfunden haben: eine zentralistische und eine dezentralisierte? Daß auf beiden Seiten des Rheins Franzosen wie Deutsche - das Königreich auf der einen, das Reich auf der anderen – im Zentrum dieser Geschichte stehen? Das wäre zu einfach: Er zieht andere Wege vor, um sich zum „krankhaften Traum Deutschlands“ zu äußern, „das sich nicht von der Volksidee lösen kann“.

„Im Grunde träumt Deutschland noch immer vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ...“, so Chevènement, „es hat sich noch nicht von der Entgleisung erholt, die der Nationalsozialismus in seiner Geschichte dargestellt hat“. Er fährt dann fort, indem er seine Vision der französischen Nation dem gegenüberstellt, wie er sich das deutsche *Volk* vorstellt: „Man sieht genau, welche Gegensätze da aufeinandertreffen: die republikanische Identität auf das ethnische Konzept. Deutschland muß sich genauso von dem ethnischen Konzept des *Volkes* befreien, wie von der postnationalen Sichtweise der Geschichte ... Es müßte Deutschland geholfen werden, sich eine andere Vorstellung der Nation zu bilden, die Vorstellung der Bürgernation, der Gemeinschaft von Bürgern, um in einen besseren Dialog mit Frankreich zu treten.“ Er schließt: „Ohne diese Gesundung und die ‚Erfindung‘ einer deutschen Nation können wir kein gesundes und dauerhaftes Europa schaffen“.

Am folgenden Tag leistet Chevènement öffentlich Abbitte, indem er sich mit der Schnelligkeit der Rede im Fernsehen entschuldigt und auf die Komprimierung seiner Bemerkungen und die dadurch hervorgerufenen Interpretationsfehler verweist. Er verwehrt sich dennoch gegen gewisse Reaktionen, wie beispielsweise die von Valéry Giscard d'Estaing, der erklärt hat, er sei sehr „verärgert“ und der hinzufügt: „Die deutschen Politiker zu beschuldigen, sich wieder einer mehr oder weniger nationalsozialistisch geprägten Inspiration und Kultur zuzuwenden, ist unerträglich!“ »

„Es ist für Franzosen und für Deutsche schwierig, sich ein Europa vorzustellen, das nicht dem Bild entspricht, das man bereits hat“, wird einige Tage später Anne-Marie Le Gloannec, eine Deutschlandspezialistin des *Centre européen de recherches internationales* (CERI) bemerken. Sie greift Chevènement besonders im Hinblick auf zwei Punkte an:

- Es ist ein Fehler zu glauben, das Deutschland von heute sei das Deutschland von gestern, und wenn Joschka Fischer sich zum leidenschaftlichen Fürsprecher für einen europäischen Föderalismus mache, dann liege der Grund darin, daß Deutschland an einem Mangel an nationalem Bewußtsein leidet. Das Deutschland dieses neuen Jahrhunderts ist kein Staat mehr auf der Suche nach einer Nation.
- Chevènement müsste sich eigentlich genauso hinsichtlich der französischen wie der deutschen Eigentümlichkeit hinterfragen. Von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble (Mitglieder der CDU) bis zu Joschka Fischer (grüner Minister) wünscht Deutschland mehr Föderalismus für Europa. Frankreich selber hält sich eher an die Zwischenstaatlichkeit: Frankreich wünscht sich dieses Europa stark, aber mit schwachen Institutionen... Die deutsche Erfahrung ist föderal... Die französische Erfahrung, besonders die des Innenministers, ist durch das Jakobinertum geprägt. Jede dieser beiden Visionen hat ihren eigenen Reichtum. Bei jeder gibt es aber auch Fallstricke: In Frankreich wird die Zentralisierung oft bis zum Exzeß geführt, auch wenn viele Anstrengungen in die umgekehrte Richtung gehen. In Deutschland hingegen ist der Föderalismus eine Ursache für Schwerfälligkeit, für verzögerte Reformen und er könnte fortan mehr behindern als bereichern....”<sup>33</sup>

Die durch *Die Zeit* und *Le Monde* organisierte Debatte führt vielleicht nicht dazu, daß sich die Standpunkte der beiden Gesprächspartner annähern. Aber sie gibt ihnen die Möglichkeit, sich näher zu erklären. „Der klassische europäische Nationalstaat ist unter den Bedingungen der Globalisierung einfach zu klein.” wird Fischer sagen und fortfahren: „...Diese Globalisierung ist – ob man sie mag oder nicht – eine Realität.” Chevènement wird ihn daraufhin fragen: „Aber inwiefern wird eine europäische Föderation dazu beitragen, das europäische Sozialmodell, beispielsweise das Arbeitsrecht, gegen die Globalisierung zu verteidigen?” Der Deutsche wird ihm antworten: „Ganz einfach, weil sie die europäischen Interessen ganz anders zum Tragen bringen kann.” Er wird einige Beispiele anführen: „Wenn Boeing und Lockheed fusionieren und die Kommission in Brüssel runzelt die Stirn, dann werden sich die Herren in Seattle betroffen fühlen. Hätte die französische Monopolkommission oder das deutsche Kartellamt reagiert, hätte das in Seattle nicht sonderlich interessiert.”

Wieder hat Chevènement das Wort und erklärt, daß eine funktionierende Demokratie einen Ort braucht, an dem sie öffentliche Debatten führen kann. Dieser Raum existiere jedoch noch nicht auf europäischer Ebene und daher müßten wir zunächst unsere „Nationen stärker einander annähern”. Fischer wird antworten, daß dies eine „Neuaufteilung der Zuständigkeiten in Europa bedeutet - mit einer demokratischen Legitimation”. Und es sei „unsere Pflicht, einen gemeinsamen europäischen Raum zu schaffen, ohne den nationalen Raum aufzugeben”.

Wenn Chevènement von einem „politischen Verband der Nationalstaaten” spricht, so hält Fischer ihm entgegen: „Das ist kein Europa”. Weiter führt er aus, die Alternative sei einfach: ein föderales Europa oder ein zentralistisches Europa, was für Chevènement der „wahre Alptraum” sein dürfte, oder aber „gar kein Europa”. Dies wäre laut Fischer die schlechteste Perspektive. „Der Euro II, das ist bereits eine Föderation. Wir haben unsere Währungssouveränität einer Bank in die Hand gegeben, die eine föderative bürokratische Einrichtung ist. Das müsste für einen Republikaner wie Sie bereits ein Alptraum sein”. Chevènement wird dazu bemerken, er sei kein Anhänger dieser Lösung und er wünsche weiterhin, daß die Zentralbank durch eine „Wirtschaftsregierung” ein Gegengewicht erhalte. Ob diese föderalistischer oder konföderalistischer Natur sei, darüber schweigt er sich aus.

---

<sup>33</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 25.5.2000



Die Moral aus dieser Chevènement-Fischer Episode: Auch bei einer unbestrittenen Versöhnung von Deutschland und Frankreich wird das deutsch-französische Psychodrama weiterhin andauern. Welche Form die Europäische Union in den kommenden zehn Jahren auch immer annehmen wird, so werden sich die Europäer im Allgemeinen und die Franzosen und Deutschen im Besonderen daran gewöhnen müssen. Schafft die Verfassung die Völker oder schaffen die Völker die Verfassung? Die Chevènements und die Fischers haben ihren Disput darüber noch nicht beendet. Auch nicht über den jeweiligen Platz des Voluntarismus oder des Determinismus in der Bildung der Nationen. Gehen wir jedoch über die theoretische und philosophische Diskussion hinaus, so sehen wir immer noch – zu beiden Seiten des Rheins und anderswo in Europa –, daß die Berufspolitiker die europäische Problematik benutzen, um ihre Position im nationalen politischen Kräftefeld zu verstärken.

Fischer hatte zweifellos gute germano-deutsche Gründe, um anlässlich der Rede an der Humboldt Universität die Aufmerksamkeit seiner Mitbürger auf sich zu ziehen. Chevènement seinerseits polemisiert gegen Berlin, die Augen fest auf die Seine gerichtet. Eric Zemmour hat dies festgestellt und schrieb am Tag nach dem öffentlichen Streitgespräch über den Nazismus und das Heilige Reich im *Le Figaro*: „Chevènement versucht über seine Äußerungen wieder Fuß in der einzigen ihn interessierenden politischen Debatte zu fassen, nämlich jener, die die Richtung des Präsidentschaftskandidaten Jospin bestimmen wird. Eine nationale und republikanische Position, die er sich bei den Parlamentswahlen zu eigen machte? Oder eine liberale und europafreundliche Perspektive?“.

Für den, der sich im Labyrinth der Debatten über Europa und seine Institutionen, wie sie auf höchster Ebene der Regierung und des Staates in den ersten sechs Monaten des Jahres geführt wurden, zurechtfinden will, ist diese sehr nationale Betrachtung bestimmt von großem Nutzen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die französische Regierung nur mit der allergrößten Vorsicht den Weg der Reformen der europäischen Institutionen einschlägt. Die Gründe liegen in der Kohäsion der Mehrheit der Regierung Jospin, in den Notwendigkeiten der Kohabitation und in dem Zögern des französischen Staatspräsidenten, der durch seine politischen Freunde widersprüchlichem Druck ausgesetzt ist. Hinzu kommt der mangelnde Enthusiasmus des Premierministers und die Erarbeitung einer minimalistischen Strategie mit dem Ziel, gleichzeitig Chirac und Jospin zuzusagen. Sie soll die französische Präsidentschaft beim Europäischen Rat in Nizza im Dezember in sicheres Fahrwasser geleiten.

Wir konnten auch beobachten, daß die öffentliche Meinung – dem offiziellen Diskurs etwas voraus – sich um diese Leere sorgte und ungeduldig wurde: „Wie können wir gegen die europäische Trübsaal ankämpfen, die von Immobilismus, Frösteln und Routine geprägt ist? Sicherlich nicht durch die Vorsicht, die zu Unrecht als Tugend angeführt wird. Sicherlich auch nicht durch die Verschiebung der zu lösenden Fragen von einem Tag auf den anderen“. Das schreibt am 10. Mai Jacques Amalric in der *Libération*. Es ist der Tag nach der Rede von Jospin vor der Nationalversammlung. Nur zwei Tage vor der Rede von Fischer in Berlin. Und Amalric fährt fort: „Europa leidet heute – im Zeitalter der Globalisierung – an einem Mangel an Perspektiven, an Ideen, die sich nähren ließen, ja auch beinahe an Träumen ... Die Fortschritte werden mit der Goldwaage unter dem Deckmantel des Realismus gemessen, da es an großen Ideen mangelt, die die nationalen Egoismen überwinden könnten...“. Der Premierminister hat Europa - genau wie Jacques Chirac einige Tage früher - jedenfalls nur einen minimalen Dienst erwiesen. Er hat es sorgfältig vermieden, Angaben zur Zukunft zu machen: Nicht ein Wort ist über eine europäische Verfassung gefallen. Auch wurde kein Wort über ein wegbereitendes Team geäußert. Das aktuelle System der wechselnden

Präsidentschaft, die alle sechs Monate erneut die europäische Konstruktion desorganisiert, war kein Thema. Nicht ein Zipfel Wagemut, keine Aussicht darauf, die Trübsaal aufzulösen”.

Fischer wird diese Aufgabe übernehmen, da die Franzosen dies beim Gipfel nicht angehen. Die öffentliche Meinung reagiert über die Medien sehr positiv –. Den Meinungsumfragen der CSA zufolge (vom 23. und 24. Mai) stimmen 59% der Franzosen dem deutschen Außenminister zu. Die ihnen vorgelegte Frage lautete: „Deutschland hat Frankreich vorgeschlagen, einen föderalen Kern zu bilden, der die Gründerstaaten der Europäischen Union umfaßt. Sollte sich Frankreich diesem Vorschlag anschließen?“ 23% der Befragten haben mit einem: „Ja, auf jeden Fall“ und 36% mit „Ja, mehr oder weniger“ geantwortet. 33% sind gegenteiliger Ansicht und nur 8% äußerten keine Meinung.

### ***Quo Vadis Europa?***

*Mit dieser Frage leitet Joschka Fischer seine Rede in Berlin ein. Für ihn gibt es darauf nur eine Antwort: „Voranschreiten, bis die Integration vollkommen ist“. Denn laut ihm „ist es die Bevölkerung, die einen sehr hohen Preis zahlen wird, wenn Europa auch nur einen Schritt zurückweicht oder einfach stagniert oder sich auf den erreichten Erfolgen ausruht“. Fischer unterstreicht, daß die Erweiterung der Union und die Perspektive eines Europa zu Dreißig dazu zwingen werden, sich über die Art dieser Integration und über ihre Etappen Gedanken zu machen.*

*Das Ziel: Die Konföderation durch eine Föderation abzulösen, indem diese auf einem Vertrag aufgebaut wird, der die Nationalstaaten mit ihren Institutionen auf der Basis der Teilung der Souveränität zwischen Europa und den Nationalstaaten beibehält, wobei der Föderation die wesentlichen Souveränitätsbefugnisse und diejenigen Fragen überlassen werden, die es unbedingt auf europäischer Ebene zu regeln gilt. Die Nationalstaaten würden eine wesentlich wichtigere Rolle spielen, als die, die den deutschen Ländern zukommt. Die Verfassung würde die Grundrechte, die Menschen- und Bürgerrechte und die Trennung der horizontalen und vertikalen Zuständigkeiten fest verankern.*

*Die Institutionen: ein Europäisches Parlament und eine europäische Regierung, die eine tatsächliche legislative und exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben würden. Das Parlament bestünde aus zwei Kammern: eine, die die Bürger und eine, die die Nationalstaaten vertritt. Für die Regierungsbildung gibt es zwei Möglichkeiten: entweder ausgehend von den nationalen Regierungen oder von der Kommission, indem der Präsident direkt gewählt und ihm weitgehende exekutive Gewalt übertragen würde.*

*Die Methode: Die Bildung einer Avantgarde, die eine kleine Zahl Mitgliedsländer in einem Pol vereint, der den anderen Mitgliedern der Union und den Beitrittskandidaten immer offen stünde, und der sich innerhalb oder außerhalb der Verträge bilden würde und unter dem Zeichen einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit entstünde.*

*Der Zeitplan: Drei Etappen, die sich über das folgende Jahrzehnt hinaus verteilen könnten:*

*1 – Entwicklung der verstärkten Zusammenarbeit, angelehnt an die der Währungsunion oder Schengen;*

*2 – Bildung des mit seinen Institutionen (Regierung, Parlament und direkt gewählter Präsident) ausgestatteten Gravitationszentrums;*

*3 – Bildung der europäischen Föderation selber, die in dem Gravitationszentrum den Kern ihrer eigenen Verfassung finden würde.*

Die Zeitungen werden großzügig ihre Kolumnen für gefragte Kommentatoren aus ganz Europa öffnen, um zu diesen Vorschlägen Stellung zu beziehen. Damit wird gezeigt, daß der öffentliche Raum sich heute nicht mehr allein auf den nationalen Vorhof beschränkt. Der *Figaro* plazierte an gut lesbarer Stelle einen Artikel des früheren deutschen Außenministers Dietrich Genscher, der im Berliner *Tagesspiegel* unter dem französischen Titel veröffentlicht wurde: „Allons enfants de l'Europe: Suivez Fischer!“ (Kommt Kinder Europas: Folgt Fischer!). Franzosen und Deutsche haben eine besondere Verantwortung: „Wir müssen dafür sorgen, daß die Erweiterung der Europäischen Union - die eine historische Notwendigkeit bedeutet - diese Union nicht aufweicht“, erklärt Genscher. Er fährt fort: „Der Gegensatz zwischen den nationalen und den europäischen Interessen ist nur ein Schreckgespenst, das die alten Vorurteile verdeutlicht. Die europäische und die nationale Identität stehen nicht im Widerspruch zueinander. Die Völker Europas müssen zusammenwohnen, ohne Angst voreinander zu haben, um ihre Identität zu leben“.<sup>34</sup>

Es ist auch der *Figaro*, der zwei deutsche Abgeordnete zur Polemik von Chevènement gegen die Thesen Fischers befragt. „Jeder sagt endlich, was er denkt. Diese Offenheit öffnet den Weg zur Aufrichtigkeit. Unter echten Freunden ist die Offenheit nicht nur selbstverständlich, sie muß zu einer Verpflichtung werden“. Dies erklärt Axel Berg, Abgeordneter der SPD München. Für ihn verlaufen „die deutsch-französischen Beziehungen in stabilen Bahnen und sie hängen nicht mehr von der Eitelkeit der Staatsmänner – ob klein oder groß – ab“. Er fügt hinzu, Deutschland und Frankreich hätten es akzeptiert, nicht immer einer Meinung zu sein. Gleichzeitig bestehe Einigkeit, eine wirksamere gemeinschaftliche Politik zu entwickeln, die durch Kompromißfähigkeit ermöglicht werde.

„Der deutsche Föderalismus ist kein Modell für das zukünftige Europa“ verkündet seinerseits Andreas Schockenhoff, CDU-Abgeordneter und Präsident der französisch-deutschen parlamentarischen Gruppe. Es handele sich nicht darum, den Nationalstaat in einem europäischen Superstaat aufzulösen, sondern seine Rolle neu zu definieren. Auch müßte die Frage der Subsidiarität verpflichtend geregelt werden. „Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, den Nationen und den Regionen ist eine der großen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen, um die demokratische Legitimität der Union zu verstärken“.

Der Präsident des italienischen Rates Giuliano Amato wird sich (abgesehen von anderen Persönlichkeiten) in diese europäische Konzertation auf hohem Niveau einschalten. Für ihn hat Fischer „Außerordentliches geleistet“. Er habe es geschafft, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und der Medien auf die Diskussion über die Zukunft Europas zu lenken. Diese beschränkte sich bisher auf die Büros der Diplomaten, auf die akademischen Instanzen oder andere *think tanks*. »

Amato sieht eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Verständigung als wünschenswert und sogar als notwendig an. „Ohne sie und gegen sie“ so sagt er, „ist es unmöglich, die Integration voranzutreiben“. Die gegenwärtige Union – und mehr noch die zukünftige, so erklärt er, „benötigt ein Gravitationszentrum (das mehr als eine Achse ist, aber auch mehr als ein harter Kern), das größer und besser organisiert ist... Um glaubwürdig und wirksam zu sein, muß dieses Gravitationszentrum grundlegend homogen und relativ gleichförmig sein. Mit anderen Worten: Es sollten mehr oder weniger die Gleichen in allen wichtigen Politiken beteiligt werden“.<sup>35</sup>

Die französische politische Klasse folgt, ohne sich lange bitten zu lassen, teilweise mit Enthusiasmus. Dies vor allem im Lager der Grünen, die sich von den deutschen Grünen durch den Ruf unterscheiden: „Weiter so, Joschka!“. Die Regierung dagegen bemüht sich erneut, die Bewegung zurückzuhalten, während sie gleichzeitig versichert, sie zu begrüßen. Auch

---

<sup>34</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 19.5.2000

<sup>35</sup> Vgl. *Le Monde* vom 25.5.2000

versucht sie, den bestmöglichen diplomatischen Gewinn aus der guten deutsch-französischen Verständigung zu ziehen.

„Machen wir uns nichts vor. Europa wird nie mehr wie früher sein!“ meldet sich der Senator RPR vom Haut-Rhin Hubert Haenel zu Wort, der die Delegation des Senats für die Europäische Union anführt. „Ich erkenne mich selber in den Gedankengängen von Herrn Fischer wieder, die genau zum richtigen Zeitpunkt geäußert werden, um den deutsch-französischen Motor zu wecken, der es nötig hatte“, fügt er hinzu. „Wenn wir nicht in diese Richtung gehen, verliert Europa seine Form! Wir müssen den zukünftigen Mitgliedern sagen, welches unser gemeinsames Haus ist“.<sup>36</sup>

Die befreiende Wirkung der Vorschläge von Fischer wird sich in der Nationalversammlung, dem Senat und dem Europäischen Parlament bemerkbar machen und dies sowohl in den linken als auch in den konservativen Reihen. Viele Abgeordneten drücken Bedauern darüber aus, daß dieser Impuls nicht aus Paris gekommen sei. Besonders für Haenel „ist es schade, daß kein französischer Politiker zur Stelle war, der ausreichend weitsichtig oder mutig genug gewesen wäre, diese Vision zu haben. Die Botschaft hätte mehr Wirkung gehabt“. Für Josselin de Rohan, ebenfalls Senator der RPR, „wird Frankreich, indem es die Führung derer übernimmt, die eine wahrhaftige Neugründung Europas wünschen, seiner Berufung und seinem Genie treu bleiben, nämlich der Begründer der großen Debatten und der wagemutigen Initiativen zu sein“.

Jean-Louis Bourlanges (früheres UDF-Mitglied), Abgeordneter der EVP im Europäischen Parlament, begrüßt mit offenen Armen einen Fischer, der die richtigen Fragen stellt: die Zukunft Europas, seine Aufträge, seine Mittel, seine Grenzen. „Nach Jahren der technokratischen Haarspalterei und der Identitätsangst sind diese Äußerungen erfrischend“, erklärt er. Er fordert sogar, sie „ab sofort“ umzusetzen und bemängelt die „Armseligkeit der französischen öffentlichen Meinungsäußerung über die Zukunft Europas“. Durch den Kontrast werde in seinen Augen die „Größe und der Mut der deutschen Vision“ unterstrichen.

Aber Bourlanges will nicht, daß diese Rede von Fischer als „prophetische Soße“ benutzt werde, um das „Armutsbrot“ zu schlucken, „das der zukünftige Vertrag von Nizza zu sein verspricht, indem er auf eine mißbräuchliche Art einige unglückliche verstärkte Kooperationen in den Rang des Vorläufers eines föderativen Europas erhebt“. Er befürchtet, Nizza sei der Schlüssel zu einer Erweiterung, die jegliche spätere Korrektur der Verträge verhindern würde und daß die französischen und deutschen Diplomaten sich darauf einigen könnten, das Grundsätzliche auf später zu verschieben.

Selbst die Gegner des Föderalismus halten es für richtig, den deutschen Außenminister zu beglückwünschen. So hat Sami Naïr, Abgeordneter im Europäischen Parlament und treuer Leutnant von Chevènement, es als ermutigend und positiv bewertet, daß Fischer an der Diskussion über eine europäische Konstruktion in der Sackgasse beitrage. Er verdächtigt ihn dennoch, er „wolle aus Frankreich, Deutschland und England Superländer in einem Europa machen, das in einen weltweiten Sturm geraten ist“. Er lädt dazu ein, „von Grund auf“ das europäische Projekt neu auf der Basis der sozio-ökonomischen, politischen und Identitäts-Krise zu überdenken.

In den einem föderativen Europa traditionell positiv gegenüberstehenden Parteien drängt man sich hinter Fischer. Allen voran die Grünen, die zu einem „großen Sprung vorwärts in Richtung eines politischen Europas“ aufrufen, eines Europas, das das, was es betrifft, mit der Mehrheit der Bürger entscheidet. Kurz gesagt: Ein föderales Europa, ob der Name nun gefällt oder nicht. Das bestätigen die zwei grünen Minister der Regierung Jospin, Dominique Voynet und Guy Hascoët, begleitet von Cohn-Bendit und einigen anderen ähnlich

---

<sup>36</sup> Vgl. besonders die Zeitschrift *Le Sénat*, Aktuelles der Delegation für die Europäische Union . Nr 36 vom 12 bis 29.5.2000.

denkenden Parlamentariern.<sup>37</sup> „Wenn wir die Diktatur der Märkte zurückdrängen“ sagen sie, „dann schaffen wir ein politisches Europa der Bürger. Der gesamte Immobilismus, jeglicher Aufschub eines politischen Europas, spielt unserem Feind in die Hände, der nur darauf wartet, der alles dafür tun würde: die globalisierte Finanzwelt und ihr Vertreter in Europa - die Londoner City“. Nein, erklären sie, „es ist nicht mehr möglich, das politische Europa im Namen dieser historischen Gemeinschaften abzulehnen, die wir Nationen nennen, wenn dies den liberalen Status quo bedeutet. Wir haben den ökonomischen Liberalismus, aber keine Demokratie“.

Außerdem bestehen die Grünen auf der zur Zeit in Entwicklung befindlichen Charta der Grundrechte. Ginge es nach ihnen, so müßte sie „die gesamten zivilen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte umfassen – einschließlich der mit der spektakulären Entwicklung der Umwelt- und Gesundheitssituation, der Biotechnologien und der Informationsgesellschaft verbundenen Rechte“. Für die Grünen ist die Charta dazu bestimmt, als Sockel für jegliches institutionelles europäisches Gebäude zu dienen. Ihre Sichtbarkeit und folglich ihr Platz – beispielsweise in der Einleitung eines zukünftigen einheitlichen Vertrages - stehen im Vordergrund, genauso wie ihr zwingender Charakter.<sup>38</sup>

François Bayrou, Vorsitzender der UDF, fordert eine Beschleunigung der Bewegung. „Europa muß föderalisiert werden, wir müssen der Union demokratische Institutionen zuweisen und zwar heute!“, sagt er. Er erklärt weiter, die verlorengegangene Souveränität der europäischen Staaten könne nur in einem politischen Europa wiedergefunden werden. Für ihn geht „die Einrichtung einer europäischen Demokratie über die Formulierung einer Verfassung, die Wahl eines Präsidenten für Europa und die Geburt einer parlamentarischen Demokratie für alles, was die Machtbefugnisse der Union berührt“.<sup>39</sup>

„Es handelt sich beim bundestaatlichen Gedanken nicht um den eines zentralisierten Superstaates, dessen Obsession es wäre, alles an Stelle der Staaten zu machen“, sagt er. „Dieser jakobinische Geist hat die französischen politischen Gewohnheiten dauerhaft und tiefgreifend geprägt. Bei der föderalistischen Sichtweise kommt die Legitimität von unten ... Die Delegation vollzieht sich von unten nach oben und wird durch die Effizienz getragen... Es ist die vorrangige Aufgabe einer Verfassung, die Liste der Zuständigkeiten ihrer gemeinsamen Institutionen zu benennen, um sie zu begrenzen“.

Bayrou trifft Cohn-Bendit zwei Wochen später in Straßburg. Trotz allem, was die beiden trennt, bilden sie (besonders im sozialen Bereich) einen gemeinsamen „Pol“. Sie geben zusammen einen Aufruf heraus, in dem sie bestätigen, daß die Staatsgewalt der Europäischen Union sowohl den europäischen Völkern wie auch den Regierungen, die sie vertreten, gehört. Im gleichen Tenor beklagen sie, daß „das europäische politische Leben sich im Wesentlichen auf den Austausch und die Kräfteverhältnisse zwischen nationalen Regierungen begrenzt, ohne daß die Bürger sie beeinflussen oder kontrollieren können“. »

Dies ist für Bayrou und Cohn-Bendit, „keine Demokratie“. Sie plädieren also für eine Verfassung, deren Kern eine Charta der Grundrechte bildet und die damit unsere unleserlichen Verträge ersetzt. Damit wollen sie diesen Zustand bekämpfen und verhindern, daß „Europa sich ohne Demokratie auflöst!“. Auch sprechen sie sich für die Wahl des Präsidenten der Union über allgemeine Wahlen aus und rufen die Fünfzehn – besonders die französische Regierung – auf, bei dem Gipfel in Nizza den verfassungsrechtlichen Prozeß einzuleiten. Ziel sollte sein, die Verfassung in 2003 zu ratifizieren. Ihre Äußerungen beendend erklären sie, die mittel- und osteuropäischen Völker hätten das Recht, sich der Union anzuschließen.

---

<sup>37</sup> Vgl. *Libération* vom 18.5.2000

<sup>38</sup> Vgl. *Libération* vom 17.5.2000

<sup>39</sup> Vgl. *Libération* vom 23.5.2000

Die sozialistische Partei und die Regierung selber reagieren vorsichtig auf diese Wellen schlagende Diskussion, die die Rede von Fischer provoziert hat. Selbstverständlich begrüßen die politischen Führer - wenn man nachfragt - die deutsche Initiative. Sie zeigen indessen mehr Interesse daran, die Partner der RK zusammenzuhalten, als daran, sich gemeinsam mit Fischer in langfristigen Überlegungen zu engagieren. Am Tage nach Fischers Rede in Berlin macht der Außenminister einige kluge Äußerungen. Hubert Védrine, über Fischers Absichten informiert, hat nicht erwartet, daß diese vor Ablauf einiger Monate veröffentlicht würden. Jospin genausowenig. Védrine begrüßt also das Vorgehen als „willkommen und angemessen“, ohne jedoch näher darauf einzugehen. Einige Tage später zeigt sich François Hollande - im Namen der sozialistischen Partei - ebenfalls nuanciert. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei spricht – wie immer - mit viel Sicherheit, doch bleibt er vage. Er verbeugt sich vor „einem wichtigen politischen Akt“ und zeigt sich zufrieden, daß Deutschland seine definitive Bindung an das europäische Aufbauwerk bekräftigt und dabei den deutsch-französischen Beziehungen einen zentralen Platz zuweist. Dabei hatten gerade die deutschen Sozialdemokraten und Grünen lange an der Notwendigkeit gezweifelt, den Fortbestand der deutsch-französischen Partnerschaft zu unterstützen.

Er erkennt die Richtung, die Fischer einem vereinigten Europa geben will, als positiv an: der Aufbau einer Föderation, ausgestattet mit einem Parlament, einer Regierung und einem verfassungsrechtlichen Vertrag, mit einer Teilung der Souveränität zwischen Europa und den Nationalstaaten. „Die französischen Sozialisten“, so verkündet er, „haben diese Wahl bereits vor einigen Jahren getroffen: Sie betrachten Europa als eine bundesstaatliche Vereinigung von Nationalstaaten, gegründet auf eine Charta der Grundrechte, die langfristig betrachtet in eine Verfassung mündet, die die Verantwortlichkeiten auf jeder Kompetenzebene festlegt“.<sup>40</sup>

Er spricht die Formel der sogenannten Avantgarde an, die Delors am Herzen liegt. Dabei stellt er fest, die Idee der Bildung eines Gravitationszentrums sei in der französischen Debatte seit zwei Jahren Thema. Er bestätigt weiter, diese Überlegungen würden sich auf die gemeinschaftlichen Verhandlungen auswirken, für die Frankreich verantwortlich ist. Es scheine angemessen, diese Rede „perspektivisch“ zu betrachten. Es sollten nicht „die Horizonte verwechselt werden“, da feststehe, „daß niemandem am Scheitern der RK gelegen ist“.

Hollande hat sich jedenfalls deutlich als Sprecher der Regierung profiliert und verkündet: „Wir wollen nicht versuchen, die Vorschläge von Fischer auf die Tagesordnung der französischen Präsidentschaft zu setzen. Damit würden wir nur mit dem einen scheitern, ohne das andere zu erreichen. Wichtig ist heute, die Institutionen zu reformieren, um die notwendigen Entwicklungen vorzubereiten und um eine neue Etappe des europäischen Aufbauwerks zu beginnen“.<sup>41</sup>

Was die Regierung selber anbelangt, so wartet sie noch zwei Wochen, bevor sie öffentlich ihre Antwort verlautbaren läßt. Dies geschieht mit einem unprotokollierten Brief von Hubert Védrine an seinen deutschen Amtskollegen, der am Samstag, dem 10. Juni in *Le Monde* ungekürzt abgedruckt wird.<sup>42</sup>

Védrine rechtfertigt in diesem Papier die französische Zurückhaltung. Er argumentiert mit der besonderen Verantwortung durch die Unionspräsidentschaft. „Langfristige Ideen über Europa zu lancieren und gleichzeitig Europa angemessen vorzusitzen, das sind zwei Dinge - die zwar notwendig - doch auch verschieden sind, besonders da wir vor dem schwierigen Abschluß der RK stehen“, erklärt er. Die Rolle des vorsitzenden Landes ist es, einen Konsens

---

<sup>40</sup> Kolloquium, organisiert durch Europartenaies, der *Revue Témoin* und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 29 Juni in Paris.

<sup>41</sup> Vgl. *Libération* vom 22.5.2000

<sup>42</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11-12.6.2000

aller Regierungen zu erreichen. „Wir können nicht diese Verpflichtung erfüllen und zur selben Zeit ein Projekt auf den Tisch legen, das höchstwahrscheinlich – wie wir es schon jetzt beobachten können – die tieferen Spaltungen zwischen den Europäischen Staaten sichtbar machen und verschärfen wird“, fügt er hinzu.

„Der Erfolg der RK in Nizza ist die Voraussetzung für alle späteren Fortschritte. Das bedeutet nicht, daß wir sie zu jedem Preis abschließen“, führt Védérine weiter aus und erinnert an den 19. Mai, an dem sich die französischen und deutschen politischen Führer beim Gipfel in Rambouillet darüber geeinigt haben.

Anschließend kommentiert er die Vorschläge von Fischer im einzelnen und bezieht sich dabei auf das, was dieser als „Gravitationszentrum“ bezeichnet hat. Dabei weist er auf die Schwierigkeit hin, daß Mitglieder für den möglichen „harten Kern“ ausgewählt werden müßten. Auch berge die Aufteilung der Funktionen und Kompetenzen zwischen der Föderation und den Nationalstaaten eine Gefahr: - „Wie lange“ fragt er unverblümt, „wird es noch einen Präsidenten der Republik und einen Premierminister in Frankreich, einen deutschen Bundeskanzler und einen Staatschef in den anderen Ländern geben?“.

Problematisch auch der Charakter der Regierung der „Avantgarde“ und schließlich das Zusammenspiel der Zuständigkeitsebenen in Europa, die folglich von drei auf vier ansteigen würden: Gemeinden, Nationalstaaten, Bundesstaat, Europäische Union. „Gerade weil die europäische öffentliche Meinung mehr Klarheit, Einfachheit und Verständlichkeit fordert“, so Védérine weiter, müssen wir uns verwehren gegen „einen Überbau an Strukturen und eine Vernetzung der Zuständigkeiten, die wahrscheinlich noch verworrener werden, als sie es ohnehin schon sind“. Gleichwohl stimmt er der ersten Etappe von Fischers Plan zu: die verstärkte Zusammenarbeit. Dies scheint ihm „die beste Methode zu sein, die Union neu zu beleben ... ohne alle europäischen Widersprüche zum Ausbruch zu bringen oder institutionelle Mängel in eine Krise umzuwandeln“. Er wünscht vielmehr „denen, die wirklich die politische Integration vorantreiben wollen, die Zeit zu geben, sich darauf vorzubereiten“.

Chirac beunruhigt sich einige Tage später nicht – so wie sein Außenminister – über die Verpflichtungen der Präsidentschaft, sondern äußert vor dem Bundestag:

„Es gibt Momente, in denen wir Risiken auf uns nehmen, von gewohnten Pfaden abweichen müssen. Das gilt auch dafür, das gemeinschaftliche Unternehmen weiter zu solch einem Preis voranzutreiben“ Seit dem Monat Mai, der die Fischer-Rede und eine kräftige Wiederbelebung des deutsch-französischen Motors beim Gipfel von Rambouillet mit sich brachte, hat der Präsident der Republik die Gelegenheit gewittert, sich auf der europäischen Bühne zu profilieren, und dies auf Kosten seines Premierministers und zukünftigen Rivalen bei den Wahlen in 2002. Wieder einmal würde damit die europäische Politik die sogenannte Politikerpolitik nähren. Anders ausgedrückt: Sie würde der Politik dienen, die sich genauso um die Wirkungen kümmert, die sie auf die Karriere der Politiker hat wie um diejenigen, die sie auf den Lauf der Dinge hat. Nach dem deutsch-französischen Psychodrama - von Chevènement inszeniert - tritt ein franco-französisches Drama also an die Stelle, dessen Stars Chirac und Jospin sind.

Warum hat Jospin es nicht als wichtig erachtet, selber auf die von Fischer vorgetragenen Ideen und Vorschläge zu antworten? Wir werden etwas später erfahren, daß die Presse den Wankelmut eines Premierministers hinterfragt, der sich eher auf wohlbekannte Positionen versteift und damit Chirac freie Hand läßt, um in einigen Wochen seine eigene Vision von Europa zu entwickeln. Auch profitiert letzterer von einem Staatsbesuch in Deutschland - bereits länger vorgesehen - damit seine Rede vor dem Bundestag diese Entwicklung weiterträgt.

Bereits am 4. Mai in Chambéry wird Chirac dafür sorgen, den Premierminister vor der Debatte in der Nationalversammlung auf die europäischen Ebene zurückzuholen, indem er das Europa der Bürger anspricht. Am 30. geht es in Paris dann um die Europäische

Verteidigung, doch er wird vor seinem Berlin-Besuch nicht öffentlich auf die europäische Problematik insgesamt eingehen. Seinen Besuchern im Juni wird er jedoch guten Willens bestätigen, die Fischer-Rede sei zum richtigen Zeitpunkt gekommen: Er geht auf die Notwendigkeit ein, etwas zu unternehmen und Europa nicht in dem derzeitigen mehrdeutigen Zustand zu belassen. Er lobt die Vision des deutschen Ministers und erkennt dessen Willen, keine politische Schwächung der Union zuzulassen, als positiv an. Mehr und mehr Integration? – Das ist die Richtung, die wir eingeschlagen haben ...Wissen, wer was in Europa tut? – Er selber befürwortet dies. Ist dies nicht ein erster Schritt in Richtung einer Verfassung für Europa, die er den deutschen Abgeordneten auf spektakuläre Art bekannt gibt?

Wie sollte man nicht erraten, daß Chirac - gestützt von einigen Schwergewichten der RPR - noch vor dem Beginn der französischen Präsidentschaft versucht, die Sozialisten auf der europäischen Bahn einzuholen, wo sie schon mehr als eine Länge Vorsprung haben? Er will sie einholen, wenn möglich überholen, damit die Wähler den Unterschied zwischen ihrem Präsidenten und ihrem Premierminister auf dem Gebiet der internationalen Politik ermessen können und gut wissen, wer was in Frankreich tut.

Bereits am 16. Juni enthüllen Alain Juppé und Jacques Toubon im *Le Figaro* ihr Projekt einer Verfassung für Europa. Sie stellen es am 28. des gleichen Monats anläßlich eines Kolloquiums mit hochgestellten Persönlichkeiten beim Senat vor. Sich auf halbem Wege zwischen Anhängern der Souveränität und Föderalisten positionierend, schlagen sie vor, von der verstärkten Zusammenarbeit zu einer verstärkten Union überzugehen - mit einer legislativen Gewalt, die auf einem Parlament ruht. Dessen Mitglieder und eine Kammer der Nationen – hervorgehend aus den nationalen Parlamenten - sollten bei Einzelwahlen in 700 Wahlbezirken gewählt werden.

Die Kommission und der Ministerrat werden abgeschafft und die Exekutive wird einer Regierung übertragen, deren Vorsitzender für drei Jahre durch den europäischen Rat bestimmt wird (der die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer versammelt). Dies geschieht mit Zustimmung des Parlaments. Die Regierung ist dem Europäischen Rat unterstellt, der sich weiterhin alle sechs Monate trifft, um die großen Leitlinien der Union zu bestimmen. Der Rat wählt schließlich - aber nicht notwendigerweise - aus seiner Mitte einen Präsidenten der Union für eine Amtszeit von 30 Monaten, dessen Hauptrolle es ist, die Union in internationalen Angelegenheiten zu vertreten.

Juppé und Toubon erklären, sie würden seit einem Jahr völlig autonom und außerhalb der Parteien und Fraktionen arbeiten, ohne sich das Elysée zunutze gemacht zu haben. Damit lassen sie Chirac jede Freiheit, einige Tage später eine Vision Europas und seiner Institutionen vorzustellen, die er nur mit der Regierung geteilt haben könnte.

Und genau dies ist es, was der Präsident der Republik in Berlin tun wird, voll in seinem Element, indem er seine Rede in den Rahmen der Kontinuität der deutsch-französischen Beziehungen stellt. Zwar vergißt er ungerechterweise Robert Schuman in seiner Vorrede, hebt aber um so besser de Gaulle und Adenauer, Pompidou und Willy Brandt, Giscard und Schmidt ins rechte Licht, ohne Mitterand und Helmut Kohl zu vergessen. Kohl ist im Amphitheater anwesend und Chirac richtet einen besonderen Gruß an ihn.

Er begrüßt das gemeinsame Engagement von Frankreich und Deutschland in Bosnien und im Kosovo und Deutschlands Rang als Großmacht mit internationalem Einfluß. Er fügt hinzu, daß Frankreich Deutschland gerne anerkannt sehen würde – mittels eines Sitzes als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UNO. Indem er sich als „außerhalb der unmittelbaren Zwänge der französischen Präsidentschaft“ und der „gegenwärtigen Reformen der Institutionen“ situiert, die wir, so erklärt er, „mit Unterstützung unserer deutschen Partner angehen werden“, geht er anschließend auf die Frage der „Richtung und der Zukunft Europas“ ein. Dabei vergißt er nicht, die „tief europäische Geisteshaltung“ zu begrüßen, die



kürzlich in diesem Saal die Debatten neu belebt hat, deren Herausforderungen im wahrsten Sinne des Wortes existentiell seien.

### ***Das Europa der Pioniere***

*„Die Staaten, die auf der Basis der Freiwilligkeit und konkreter Projekte die Integration vorantreiben wollen, müssen dies tun können, ohne daß sie durch diejenigen gehindert werden, die ein langsames Tempo vorziehen..., was ihr gutes Recht ist“. Dies ist Chiracs Ausgangspunkt. Andere nutzten ihn bereits, um einen harten Kern, eine Avantgarde oder ein Gravitationszentrum vorzuschlagen.*

*Laut Chirac hat sich Europa als ein hervorragender „Machtmultiplikator“ erwiesen. Seine Erweiterung darf weder eine „Auflösung“ noch eine „Umkehr“ bedeuten. Für ihn bleiben „die Nationen die wichtigste Referenz für unserer Völker“ und „es kommt nicht in Frage, sie durch einen europäischen Superstaat zu ersetzen oder zu verleugnen, daß sie schon zugestimmt haben, einen Teil ihrer Souveränität gemeinsam auszuüben. Sie werden dies weiterhin tun, denn es liegt in ihrem Interesse.“*

*Die Ziele: die Union über das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente demokratischer gestalten, die Kompetenzen zwischen den verschiedenen Ebenen des Systems aufzuteilen und bestimmen, wer für was in Europa zuständig ist, eine Europa-Macht aufbauen, die mit starken Institutionen ausgestattet ist sowie mit einem effizienten und legitimen Entscheidungsmechanismus*

*Die Mittel: um Frankreich und Deutschland herum eine Pioniergruppe - mit einem Sekretariat ausgerüstet - aufbauen; die Verträge neu definieren, die Zuständigkeiten neu verteilen, die Art der Charta der Grundrechte bestimmen, um damit einen Text vorstellen zu können, der zur ersten europäischen Verfassung würde.*

*Der Zeitplan: in diesem Jahr die RK und die institutionelle Reform erfolgreich abschließen; dann würde ab 2001 eine Periode des „großen Übergangs“ beginnen; sie würde mehrere Jahre dauern und die wichtigsten Politiken vertiefen – Wirtschaft und Währung, Verteidigung und Sicherheit –, die Union in ihren Grenzen stabilisieren und die Verfassung vorbereiten.*

Daß sich diese Vision Europas bei Chirac in eine wohlüberlegte präsidentielle Strategie einfügt, steht außer Zweifel. Dennoch haben die Franzosen sie in ihrer Gesamtheit positiv aufgenommen. Viele waren dem Präsidenten hinsichtlich des Kerns der Diskussion voraus und die Nachzügler haben sich von der Verpackung und der Aufmachung einfangen lassen. Laut einer Umfrage, die IFOP durch *Le Journal du Dimanche* am 2. Juli veröffentlichen ließ, sind 68% der befragten Personen für eine europäische Verfassung. Die Sympathisanten der Linken äußern sich sogar noch positiver: 76%.

In der Rängen der RPR geht man von dem Enthusiasmus von Juppé zur nuancierten Anerkennung von Michèle Alliot-Marie über. Auf Seiten von Bayrou und Cohn-Bendit, den *Le Figaro* als den „Föderator“ oder auch „den neuen Schwarm“ der Rechten bezeichnet, freut man sich. Ein Tabu mehr ist weggefallen. Alle Anhänger des Zentralismus und zahlreiche „Gaullisten“ sind glücklich darüber. Doch schaut man weiter nach rechts, so wird Ablehnung sichtbar – teilweise sehr heftige: Pasqua klagt Chirac an, er würde „die nationale Souveränität wie auf einem Bazar verhökern“ und er kündigt direkte Konsequenzen dieser Angelegenheit bei den Präsidentschaftswahlen an. Es sind die Leichtgewichte der Souveränität, die die härtesten Schläge austeilen: In einem in *Le Monde* abgedruckten Artikel titulieren Couteaux

und Abitbol Chirac als verbissenen Antigaullisten. Flankiert werden sie bei dieser Gelegenheit von Florence Kuntz (auch sie Abgeordnete des Europäischen Parlaments). „Seit mehr als einem Vierteljahrhundert“, schreiben sie, „scheint Jacques Chirac die politische Landschaft großen Schrittes zu durchmessen, ohne andere Partei als er selbst, einen Opportunismus und eine Unbeständigkeit miteinander vereinigend, die bisher jede tiefgreifende Analyse seines Werdegangs vereitelten.“ Sie fügen - neben anderen Freundlichkeiten – hinzu: „Seine Politik – kohärenter als man hätte annehmen können, sollte in der Zeit, in der sie die nationale Unabhängigkeit untergräbt, die Instanz zerstören, die geschaffen wurde, um sie zu garantieren: die Funktion des Präsidenten“.<sup>43</sup>

In linken Kreisen minimiert man nicht die Bedeutung der Ideen des Präsidenten. Doch gleichzeitig wird auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, sie seien nicht neu. François Hollande erinnert daran, er habe beim europäischen Wahlkampf die Idee der Verfassung verteidigt. Es ist vielmehr die Regierung, die den Berliner Ausbruch mißbilligt. Und wie! Haben etwa der Präsident der Republik und der Premierminister nicht mit einer Stimme gesprochen, als sich Frankreich auf internationaler Ebene profilierte, und im Gegensatz zu dem, was das Elysée und der Matignon nicht müde werden zu proklamieren? Und dies geschieht in genau dem Moment, in dem die französische Präsidentschaft beginnt! Reicht ein kleiner Halbsatz von Pierre Moscovici, dem jungen Minister für Europaangelegenheiten, um die Rede des Präsidenten zu verharmlosen, die niemanden gleichgültig läßt – weder in Frankreich noch woanders in Europa? Falls dies der Fall ist, so kann die Frage aufgeworfen werden, was von der V. Republik noch bleibt.

Es ist sicherlich noch nicht an der Zeit, ein Urteil zu fällen. Doch es ist korrekt, daß Moscovici in seiner Qualität am 29. Juni erklärt hat: „Es handelt sich um eine wichtige Rede, doch es sind nicht die Worte der französischen Autoritäten. Er hat die Rede entwickelt, geschrieben und gehalten; dies tat er jedoch in seiner Funktion als Präsident der Republik vor einem Parlament eines befreundeten Staates“. Niemand zweifelt daran, daß Moscovici auf Weisung gesprochen hat, mit sehr genauen Instruktionen von Jospin ausgestattet. Das Elysée antwortet gleich am nächsten Morgen auf diese Erklärung: „Der Präsident der Republik hat sich offiziell geäußert. Frankreich spricht nur mit einer Stimme und die französische Präsidentschaft der Europäischen Union verstärkt diese Notwendigkeit.“

Jospin lehnt es augenscheinlich ab, der Debatte auf den Grund zu gehen. Am 1. Juli sprach Jospin vor jungen europäischen Sozialisten, die sich in Nogent sur Marne trafen, um über das Thema: „Welches Europa für zukünftige Generationen?“ zu diskutieren. Er enttäuschte seine Zuhörer, als er erklärte, „sich nicht allzusehr in die Diskussion darüber versteigen zu wollen, wie Europa in einigen Jahren aussieht“. Um Chirac nicht von seiner Funktion als Präsident profitieren zu lassen, zögert er nicht, ein wenig Sand ins Getriebe der Kohabitation zu werfen. Dabei nimmt er das Risiko auf sich, einen kleinen Krieg anzuzetteln. Er hat die schwierige Rolle der Premierministers gewählt, der seine Arbeit macht und ebenso ambitiös wie realistisch sein möchte. Dies setzt ihn der Ungeduld einiger Sozialisten aus, besonders im Europäischen Parlament, und den Pfeilen von Cohn-Bendit, der im Lager Jospins nur eine Regierung von „Kleinkrämern“ zu erkennen meint.

Ist Jospin dazu ausersehen, auf der europäischen Frage sitzenzubleiben? fragt sich *Libération*?<sup>44</sup> „In seinem Kampf für die Modernität – Hauptschauplatz für den Wahlkampf in 2002 – hat der Staatschef seinem Konkurrenten bei zwei Gelegenheiten im vergangenen Halbjahr keine Zeit zum Reagieren gelassen“ schreibt Eric Aeschmann: Im Winter zum Thema Österreich, indem er die Spitze der Anti-Haider Kampagne anführte; später, in der vergangenen Woche, indem er sich selber die Idee einer europäischen Verfassung und einer Gruppe von Pionierländern zuschrieb ... In beiden Fällen hat er es geschafft, Lionel Jospin

---

<sup>43</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5.7.2000

<sup>44</sup> Vgl. *Libération* vom 3.7.2000

wie einen lahmen Nachzügler darzustellen ... Der Durchbruch Chiracs bedeutet für den Premierminister eine ernsthafte Bedrohung, denn er zeigt die Grenzen seiner politischen Gleichung auf, und dies besonders im Hinblick auf die diplomatischen Angelegenheiten.

*Le Monde* selbst teilt diese Analyse. Unter dem Titel: „Lionel Jospin und die PS haben angesichts Chiracs in der europäischen Frage wenig zu sagen“, schreibt die Zeitung: „In dem Moment, in dem Jacques Chirac sich der europäischen Debatte bemächtigt und eine neue Lust auf Europa wiederzuerwecken versucht, scheinen die Regierung von Lionel Jospin und die PS seltsam im Hintergrund. In die Enge getrieben durch die Zwänge der französischen Präsidentschaft, und in höchstem Maße verwirrt durch die plötzliche Europhilie ihres Staatsechfs, hat Jospin noch keinen Platz in der Diskussion gefunden, die der deutsche Außenminister Joschka Fischer angeregt hat. Dieser Kontrast wird um so deutlicher, weil die Rechte sich mehrheitlich hinter den Staatsechf einzureihen scheint und dies im dem Moment in dem die Vorsicht der sozialistischen Partei der Diskretion von Matignon entsprach.“<sup>45</sup>

Für den Premierminister ist Zeit genug vorhanden. Die französische Präsidentschaft muß eine Vereinbarung über die Änderungen der Verträge suchen. Dies wird sehr schwierig werden. Sie muß auch die Verhandlungen über die Erweiterung vorantreiben und die entstehende Eigendynamik ausnutzen. Auch ist es ihre Aufgabe, für die Nachbereitung des Europäischen Rates von Lissabon in den Bereichen Soziales und Wirtschaft (die der Rat für Soziale Angelegenheiten am 8. Juli bereits im Grundsatz angenommen hat), für eine soziale Agenda und für eine Methode zur Konvergenz in der Beschäftigung und dem Kampf gegen die Ausgrenzung zu sorgen. Es handelt sich also um ein umfangreiches Programm. Laut Regierung kann erst nach seiner Umsetzung die Wiederaufnahme der Diskussion über die Zielsetzungen und über das Warum und Wie des europäischen Aufbauwerks gestattet werden.

Wichtig ist, daß die Debatte nicht stirbt. Sie ist die Basis eines Lebens in der Demokratie. Wir - Notre Europa - werden weiterhin Stück für Stück daran mitwirken.

---

<sup>45</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5.7.2000